

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 80 S.  
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 2. Dezember 1899.

Inserats die dreispaltene Petitzeile oder deren Raum 30 S  
Redaktion und Expedition:  
Nürnberg, Ruitpoldstraße Nr. 2.

**Inhalt:** Die neuen Flottenpläne und die Schiffbauindustrie. — Der Sieg über die Reaktion. — Geschichte und Theorie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. — Feuilleton: Anleitung zur Rettung eines vom elektrischen Strom Verübten. — Mitteilungen aus der Metallindustrie. — Deutscher Metallarbeiterverband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — An die Verwaltungsstellen des Deutschen Metallarbeiterverbandes von Südbayern.

## Zur Beachtung.

### Zung ist fernzuhalten:

- von Elektromonteuren nach Bremen (F. W. Buschmeyer, Hutfilerstr. 24b.);
  - von Feilenbauern nach Braunschweig, nach Chemnitz nach Furthof (Niederösterreich) Str., nach Rosenheim (Wöglein's Nachf.);
  - von Flaschnern (Klempnern) nach Köln a. Rh., nach Düsseldorf (Wortmann & Ebers) Str., nach Hamburg;
  - von Formern und Gießereiarbeitern nach Bremerhaven (Seebeck) Str., nach Gannstatt (Grupp) Str., nach Götzen (Werkzeug- und Maschinenfabrik, A.-G., vorm. Aug. Paschen) A., nach Frankenthal (F. Gutm.) W., nach Gera Str., nach Halle-Güßdorf (A. Jacobi, Delitzscherstr.), nach Lauchhammer, Präsen-Gröblich, Surghammer und Riesa W., nach Leipzig und sammtl. Vororten Str., nach Lucka H., nach Zeit;
  - von Hir. Instrumentenmachern nach Göttingen D.;
  - von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin, nach Dessau (Deutsche Gasbahn-Ges., Waggonfabrik), nach Hensburg (Wanien & Soos), nach Hirsch, nach Hirsch (insbesondere von Gießern, Schleifern und Drehern) (Schäfermeyer & Jens), H., nach Leipzig, nach Leipzig-Gohlis (Vohmann'sche Musikwerke), nach Pleiß, nach Strassburg im Eläß (Metallwaarenfabrik Otto Wille & Co.);
  - von Planirern nach Düsseldorf Wortmann & Ebers);
  - von Reibzeugmachern nach Nürnberg Str.
  - von Schleifern nach Pitzkau Phänomenfahrradwerke;
  - von Schlossern nach Hildburghausen (S. Gassenheimer (Str.);
  - von Schlossern und Maschinenbauern nach Grimmitzschau (Kirmse), nach Gera, R. i. L. (Geraer Maschinenbau-A.-G. vorm. Alfred Kühn), nach Greiz, nach Schmälz i. S. A., M.
- (Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streif in Aussicht; A.: Ausherrung; U.: Ausherrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Wt.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion.)

## Die neuen Flottenpläne und die Schiffbauindustrie.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam jüngst durch die offizielle Presse die Nachricht in die Öffentlichkeit, daß man sich in Regierungskreisen mit hochfliegenden neuen Flottenplänen beschäftige, deren Verwirklichung nicht bloß Hunderte, sondern Tausende von Millionen Mark erfordern würde. Man will viele neue und große Kriegsschiffe haben, um neben der Landmacht ersten Ranges auch eine Seemacht ersten Ranges zu werden, die sich nicht auf die bloße Defensive zu beschränken braucht, sondern auch zur Offensive geeignet ist und so den alten und neuen Seemächten imponiert. Man will zu der Schraube ohne Ende des Militarismus noch die Schraube ohne Ende des Marinismus hinzugesellen, um so mit unfehlbarer Sicherheit die Taschen der Steuerzahler, insbesondere des heillosen Volkes, bis auf den letzten Pfennig zu leeren.

Noch sind es nicht einmal zwei Jahre her, daß der Reichstag nach harten Kämpfen eine Milliarde Mark für die Flottenvermehrung bewilligte und daß die Regierung die Erklärung abgab, diese Forderungen

seien endgiltige, es komme nichts mehr nach. Und nun tauchen neue, uferlose und phantastische Flottenpläne auf! Ist denn den Männern, welche die Regierung bilden, nichts von dem männlichen Grundsatz bekannt: Ein Mann, ein Wort! Noch hat der größte deutsche Bundesstaat, Preußen, das Wort des Reichskanzlers, der zugleich preussischer Ministerpräsident ist, von dem Aufheben des Verbindungsverbotes für politische Vereine nicht erfüllt und schon ist dieselbe Regierung im Begriffe, einen neuen Wortbruch zu begehen. Wo bleibt da die Moral, wo die vielgerühmte deutsche Treue in der Politik? Diese Art Politik bildet allerdings nur ein würdiges Glied in der Kette des famosen Zuchthauskurses mit seinem berüchtigten Wechselbalg. Eine Regierung, welche die Treulosen und Wortbrüchigen, die Verräther an ihren Kollegen als besonders „nützliche Elemente“ bezeichnet, die des besonderen Schutzes des Staates würdig sind, die die charakterlosen Streifbrecher als die Träger der höchsten und idealsten Bürgertugenden hinstellt und verherrlicht, eine solche Regierung fühlt sich allerdings auch nicht an das eigene Wort gebunden und ihr Wortbruch kann daher auch Niemanden verblüffen. Aber im Interesse der öffentlichen Wahrhaftigkeit und Sittlichkeit sollte mit lauter Stimme der Rücktritt einer solchen Regierung gefordert werden.

Es stehen ihr aber zahlreiche Helfershelfer zur Seite, die an neuen Flottenplänen sehr stark geschäftlich interessiert sind, während Andere aus Streberei und anderen Gründen immer auf Seiten der Regierung stehen und gewerksmäßig Alles gutheißen, was von ihr ausgeht. Zu den letzteren gehört insbesondere jene berüchtigte Selbstschaffepresse, die in Sachen der Zuchthausvorlage seit Jahren systematisch die gewissenloseste Scharfmacherei betrieb und an deren Spitze der mit reichlichen Silberlingen gekaufte Schweinburg steht. Der Schweinburg ist aber in Bezug auf die Flottenvermehrung ebenso der Sachwalter der Unternehmer-Interessen wie in Bezug auf die Zuchthausvorlage. Der Schweinburg, der abgebrühte Galizier, steht auch an der Spitze des „Deutschen Flottenvereins“ und in dieser Stellung betreibt er die Stimmungsmacherei für die Flottenvorlage mit derselben Unverfrorenheit und Berlogenheit, wie er sie in den „Berliner N. Nachr.“ für die Zuchthausvorlage betrieb. So versandte er unterm 30. Oktober 1899 folgendes Rundschreiben:

Vertraulich!

An die Herren Vorstandsmitglieder, Vertrauensmänner und alle Ausschüsse des Deutschen Flottenvereins, sowie an die korporativen Mitglieder.

Das Deutsche Volk steht vor einer folgenschweren Entscheidung!

Es muß klar werden, ob es seine Weltmachtstellung behalten oder darauf dauernd verzichten will. Die Weltmachtstellung Deutschlands bedeutet nichts Anderes als Sicherung des Weltfriedens und Schutz aller deutschen Interessen und aller deutschen Bürger im Auslande. Die Weltmachtstellung kann sich Deutschland nur erhalten, wenn es über eine Flotte verfügt, die nicht nur zum Schutze der heimischen Küsten ausreicht, sondern die auch die Möglichkeit gewährt, dem Worte Deutschlands in allen überseeischen Fragen den nötigen Rückhalt zu geben. Jüngst hat der Kaiser mit besonderem Nachdruck auf die Unzulänglichkeit unserer Flotte hingewiesen und betont, wie bitter noch uns eine stärkere Flotte thut.

Nachher als selbst die Einsichtigen es voraussehen konnten, haben die Ereignisse die Auffassung von der Weltlage und der dadurch bedingten Stärke der deutschen Flotte überholt, auf der das Flottengesetz vom vorigen Jahre beruht hat.

Nachher ist die Nothwendigkeit, für eine weitere Verstärkung der deutschen Flotte zu wirken, eingetreten,

als dies bei der Begründung des deutschen Flottenvereins und bei der Festlegung eines Organisationsplanes vermuthet werden konnte.

So muß denn der Flottenverein an's Werk gehen, bevor noch seine Organisation auch in ihren letzten Theilen beendet ist, aber um so mehr ist es geboten, alle Kräfte, über die wir verfügen, anzuwenden, da, wo die Bedeutung von der Nothwendigkeit einer Verstärkung unserer Flotte noch nicht besteht, Verständnis und Interesse zu erwecken, Diejenigen aber, welche bereits von der Bedeutung durchdrungen sind, zu begeisteter Unterstützung des großen nationalen Werkes anzurufen. Die Gegner sind schon eifrig am Werke, die Wirkung der kaiserlichen Mahnworte abzuschwächen. Es erscheint uns daher dringend geboten, daß auch durch öffentliche Kundgebungen klargestellt wird, wie zündend die Kaiserworte in den Herzen aller patriotischen Deutschen gewirkt haben, und es empfiehlt sich daher dringend, daß von Seiten des Deutschen Flottenvereins und seiner Organe Kundgebungen veranlaßt und Mitglieder geworben werden.

Das Präsidium bittet, Besprechungen der an den jeweiligen Orten anässigen Mitglieder abzuhalten. Als Material für diese Besprechungen und auch für die Presse fügen wir eine Skizze bei.

Der Präsident des Deutschen Flottenvereins:

Wilhelm Fürst zu Wied.

Der Sekretär:

Viktor Schweinburg.

Der zubringlichste und lauteste Schreier in deutschen Landen ist also ein Galizier und die „großen deutschen Patrioten“ schämen sich dieses Gebahrens nicht. Der Mensch will sich förmlich zum Führer des deutschen Volkes, zum Dolmetsch der Bedürfnisse desselben aufwerfen. Ist eine solche Frechheit nicht unerhört? Wenn ein ausländischer Sozialdemokrat in Deutschland nur in unverfänglicher Weise seine Gesinnung betätigt, wird er als „lästig“ ausgewiesen; ein un's Geld für alle Zwecke käuflicher Schweinburg aber darf sich in Deutschland Alles herausnehmen. Das ist die korumpirende doppelte Moral, die in Deutschland Alles anfrisst und zerstört.

Den Brodgebern Schweinburg's ist sein dreistes Gebahren selbstverständlich recht, gerade dafür bezahlen sie ihn ja. Mit der ihm eigenen Skrupellosigkeit fördert er durch die Agitation für die uferlosen Flottenpläne zugleich auch die Geschäfte der Eisen- und Kohlenbarone, der Schiffbau-Kapitalisten und anderer Interessenten. Ebenso war die Situation schon vor zwei Jahren und darum waren auch damals die interessirten Fabrikanten, Fabrikdirektoren, die Generalsekretäre und andere Handlanger des Geldsacks die eifrigsten Förderer der Flottenpläne und die „begeistertsten Patrioten“ für den Seeschutz Deutschlands, die bald da, bald dort zusammenkamen und für die Marine-Milliarde ebenso demonstrieren, wie nun seit Monaten für die Zuchthausvorlage. Nun werden die Flotten-Demonstrationen wiederholt, die Herren sind ja darauf allmählich sehr gut eingeübt, sie wissen, wie man die Mache und das Geschrei inszenieren muß.

An den neuen Flottenplänen ist auch die Börse, die Spekulation, lebhaft interessirt. Der Berliner „Vorwärts“ machte darüber eine sehr lehrreiche Veröffentlichung. Am 18. Oktober hatte der Kaiser in Hamburg anlässlich des Stapellaufes eines neuen Kriegsschiffes in einer Rede die Nothwendigkeit einer neuen Flottenvermehrung betont und von da an stieg der Kurs der daran geschäftlich interessirten großen Aktienunternehmungen von Tag zu Tag. Wir wollen hier nur eine Gegenüberstellung der Kurse geben, wie sie am 17. Oktober und 4. November an der Berliner Börse notirt wurden und die folgende Uebersicht über die stattgefundenen Kurssteigerungen gewährt:

| Altien-Unternehmungen       | 17. Oktbr. | 4. Novbr. | Differenz |
|-----------------------------|------------|-----------|-----------|
| Stettiner Vulkan            | 225,80     | 244,75    | +18,95    |
| Howaldt-Werke               | 126,—      | 144,50    | +17,50    |
| Baroper Walzwerk            | 108,—      | 124,50    | +16,50    |
| Bismarck-Hütte              | 300,—      | 314,25    | +14,25    |
| Böckumer Gußstahl           | 248,75     | 262,—     | +13,25    |
| Charlottenhütte             | 184,90     | 195,—     | +10,10    |
| Schweizer Bergwerk          | 225,—      | 245,—     | +20,—     |
| Friedrich Wilhelmhütte      | 193,10     | 200,25    | +7,15     |
| Reisweider Eisenwerke       | 288,—      | 296,25    | +8,25     |
| Häpser Eisenwerk            | 385,—      | 376,—     | -9,—      |
| Bergbaugesellschaft Hombach | 214,—      | 220,—     | +6,—      |
| Hörder Bergwerk             | 218,25     | 224,25    | +6,—      |
| Laurahütte                  | 245,25     | 257,—     | +11,75    |
| Westfälische Stahlwerke     | 220,10     | 231,—     | +10,90    |

Dazu bemerkt der „Vorwärts“ zutreffend: „Eine derartige Steigerung der Montan- und Schiffbauwerke zeigt am Besten, ein wie großes geschäftliches Interesse bei der Flottenvorlage in Frage kommt und erklärt zugleich den patriotischen Enthusiasmus der Industrie- und Kapitalistenpresse für die neuen Pläne zur Genüge.“

Das geschäftliche Interesse der Schiffbauanstalten an der Flottenvermehrung liegt auf der Hand. Seit Jahren sind dieselben stetig erweitert, vergrößert und in ihrer Leistungsfähigkeit gesteigert worden und wurden in denselben bedeutende Kapitalien angelegt, die auch mit fetten Dividenden bedacht wurden. Nun hat sich allerdings bei dem zunehmenden Weltverkehr die Handelsflotte bedeutend entwickelt, auch ist dadurch wie durch die andauernde überseeische Auswanderung die Flotte für den Personentransport sowohl in Bezug auf die Zahl wie auch auf die Größe und Ausattung der Schiffe sehr stark gefördert worden; allein man ist dennoch auch auf staatliche Aufträge für die Marine angewiesen, die durch ihren früheren und bisherigen Bedarf gerade zur Erweiterung der Anlagen beigetragen hat. In welcher Weise diese Vergrößerungen stattgefunden haben, geht aus der Steigerung des deutschen Schiffbaues, in Geld ausgedrückt, hervor. Auf zehn der größten deutschen Werften wurden, allein für die deutsche Handelsmarine gebaut: in den Jahren 1871 bis 1880 für 6,500,000 M., in den Jahren 1881 bis 1890 für 87,900,000 M., in den Jahren 1891—1896 für 103,000,000 M. 1897 wurden nach Lloyd's Aufstellungen in Deutschland 140,000 Tonnen Handels-, außerdem 51,000 Tonnen Kriegsschiffe fertiggestellt, gegen 103,100 Tonnen Handels- und 14,000 Tonnen Kriegsschiffe im Jahre 1896. Im Jahre 1898 endlich waren auf den deutschen Privatwerften nicht weniger als 528 Schiffe, die einen Brutto-Raumgehalt von 546,461 Registertons hatten, im Bau. Von diesen wurden 333 mit einem Brutto-Raumgehalt von 208,835 Registertons fertiggestellt und abgeliefert. Unter den fertiggestellten Schiffen befanden sich 309 Handelschiffe, die einen Brutto-Raumgehalt von 131,102 Registertons hatten. Die bedeutendsten Werften befinden sich in Stettin (Vulkan und Oder-

werke) in Hamburg (Blohm & Bock, Reihersstieg, Janssen & Schmilinsky), Kiel (Germania, Howaldt'swerke), Lübeck, Flensburg (Flensburger Schiffbau-Gesellschaft), Rostock (Neptun), Danzig-Elbing (Schichau), Geestemünde, Bremerhaven (G. Seebeck, Aktiengesellschaft Weser, Bremer Vulkan), Wilhelmshaven, Vegesack, Lönning und Papenburg. Diese der „Leipziger Volkszeitung“ entnommenen Angaben illustrieren deutlich die rapide Entwicklung, welche die deutsche Schiffbauindustrie seit dem Jahre 1880 erfahren hat; in denselben ist aber offenbar die Produktion der staatlichen Werften nicht berücksichtigt. Immerhin ist beachtenswert, daß in den vorstehenden Angaben die Lieferungen für die Handelsflotte diejenigen für die Kriegsflotte bedeutend überwiegen und auch das ist nicht zu vergessen, daß die deutschen Schiffbauanstalten auch für das Ausland Kriegsschiffe liefern; so liefert z. B. die Firma Schichau in Elbing und Danzig Torpedoboote für alle Welt.

Demnach haben aber auch nicht einmal die Arbeiter der Schiffbauanstalten ein praktisches Interesse an neuen Flottenplänen. Dieselben müssen sogar im Gegenteil im wohlverstandenen eigenen Interesse Gegner derselben sein, da sie zu abermaliger Erweiterung der Anlagen und Vergrößerung der Arbeiterzahl führen müßten; da aber unmöglich in derselben Weise immer und immer fortgeführt werden könnte, wäre der endliche Eintritt einer schweren Krise unausbleiblich. Was eine solche aber für sie bedeutet, das wissen die Arbeiter: das Gold der Prosperität stecken die Unternehmer, die Aktionäre und Direktoren ein: das Elend der Krise mit ihrer Arbeitslosigkeit, schlechten Löhnen und Noth und Entbehrungen aller Art aber müssen die Arbeiter tragen.

Darum protestieren auch wir gegen die neuen uferlosen Flottenpläne!

### Der Sieg über die Reaktion.

Das Zuchthausgesetz ist todt, die Arbeitswilligen, die armen, werden auch ferner ungeschützt bleiben und nach wie vor ist Streikposten stehen gestattet d. h. — wenn's die Polizei erlaubt. In der zweiten Lesung, Montag, den 20. November, wurde die Zuchthausvorlage glatt abgelehnt und die Scharfmacher müssen sich mit den bereits bestehenden Strafparagrafen der Gesetze weiter behelfen. Das wird ihnen nicht schwer werden bei der unparteiischen Handhabung und Auslegung unseres Strafgesetzbuches durch deutsche Richter.

Die deutschen Arbeiter haben geiegt, glänzend geiegt. Bierzehn Monate war der Wechselbalg am Leben, dessen geistiger Vater König Stumm war. Der Wechselbalg ist todt und die Ziehmutter desselben, die Reichsregierung, hat eine Niederlage erlitten, nach der sie der Tröstungen der schlimmsten Reaktionsäre bedarf. Man wird der fürsorglichen Ziehmutter ein anderes Ziehkind versprechen und König Stumm wird es zungen.

Wie muß es in einem Lande bestellt sein, in dem die

Staatsregierung sich in solch' offenem Widerspruch mit dem ganzen Volke — mit Ausnahme einer Clique, die den Umsturz von Oben betreibt — setzt; und wie groß ist erst das Vertrauen des deutschen Volkes in Zukunft zu den Handlungen der Berufsleute und unberufenen Regierungsvertreter. Es ist begreiflich, wenn Graf Posadowsky in seiner Erregung behauptete, die Ablehnung der Vorlage in solch' brücker Form, ohne eine Kommissionsberatung, sei ein „bedenkliches Zeichen“ und verschlechterte das Verhältnis zwischen Bundesrath und Volksvertretung. Ja, Herr Graf, wer ist denn daran schuld? Doch nicht die Volksvertretung, die nur ihre Pflicht that, daß sie dieses Machwerk, darauf berechnet dem Arbeiter noch den letzten Rest von Selbstbewußtsein und Manneswürde zu rauben, ablehnte! Die Schuld tragen die, wie der Abgeordnete Richter sehr gut bemerkte, die auf die Initiative von Trinkprüchen hin solche Gesezentrübe ausarbeiten.

Um etliche Duzend Arbeitswilliger schuf man ein Gesetz, das tausend und abertausend Arbeiter knebeln sollte und dessen Bestimmungen im letzten Grunde weiter nichts bedeuteten, wie vermehrten Schutz dem Gelbbacke des Kapitalisten. Der Reichstag, der diesem Gesetze ein schimpfliches Begräbniß bereitete, wird in den Annalen der Geschichtschreibung nicht vergessen werden und der deutsche Arbeiter — allerdings nur der der Manneswürde noch besitzt — weiß denen Dank, die diesen Wechselbalg todt schlagen halfen.

Man muß sich die Handhabung der sozialpolitischen Gesetzgebung seit dem Jahre 1890 vergegenwärtigen, will man diese Regierungsvorlage voll begreifen. Im Jahre 1890 die kaiserlichen Erlasse, die Optimisten an ein soziales Kaiserreich glauben ließen und heute, nach nahezu 10 Jahren, die Thatsache, daß von jenen Versicherungen noch kaum eine verwirklicht werden konnte. Da kam 1897 die Rede des Kaisers am Sparenberge bei Bielefeld, die den Schutz der Arbeitswilligen verkündete und im Dezember 1897 konnte der „Vorwärts“ schon den „Posadowskyerlaß“ veröffentlicht, jenes geheime Machwerk, das sich klipp und klar gegen die Arbeiter richtete. Im Jahre 1898 wurde die so bekannte Kaiserrede im Kurhause von Dornhausen gehalten und kurze Zeit darauf erschien der Gesezentswurf, dem die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft den eben so bezeichnenden wie richtigen Namen „Zuchthausvorlage“ gaben. Eine Agitation, wie sie noch nie gegen einen Regierungsentwurf entfaltet worden ist, entwickelte die deutsche Arbeiterschaft. Auch wenige „weiße Raben“, wie die Brentano, Passermann, Roside, Hieber, Lönning, v. Vienthal und etliche Andere wandten sich scharf gegen den Entwurf, dessen Schicksal nach der ersten Lesung im Reichstage, im Juni 1898, sich voraussahnen ließ. Was wir vorausahnten, ist eingetreten.

Doch wir sind noch nicht über dem Berge; wie bereits gesagt, König Stumm, vielleicht auch andere werden neue Wechselbälge zeugen, vor denen das deutsche Volk sich eben so zu hüten hat, wie vor dem

### Anleitung zur Rettung eines vom elektrischen Strom Verämbten.

(Herausgegeben vom „Schweizer elektrotechnischen Verein“.)

Bei der häufigen Anwendung von Elektrizität im Eisenbahndienst ist es thümlich für unsere Kollegen, sich bei Unfällen Hilfe leisten zu können und die wichtigsten Bestimmungen hierzu kennen zu lernen.

1. Sende vor Allem zum Arzt, entferne alle Unberufenen.

2. Bringe den Verunglückten aus dem Bereich der stromführenden Leitung.

Dies ist aber für den Rettenden gefährlich; zur Befreiung der Gefahr beim Retten verfähre wie folgt:

a) Suche die Leitung vom Opfer zu entfernen mit Hilfe isolirender Gegenstände, trockenem Holz, Porzellan, Glas usw., oder wenn dies nicht möglich,

b) isolire Dich selbst vom Boden durch isolirende Gegenstände, ziehe Gummihandschuhe an, oder umwickle die Hände mehrfach mit trockenem Kleidungsstück, Decke z. (möglichst dick, mindestens 10 Rm.), fasse den Verunglückten an den Kleidern und suche ihn von der Leitung abzugiehen, oder

c) schleibe die Leitung kurz, entweder mit einem gut mit der Erde verbundenen Draht (wenn möglich in Wasser), der nicht mit bloßer Hand berührt werden soll, oder mit einem frei gewordenen Draht oder einer Kette; oder

d) durchschneide die Leitung (nur von Fachleuten auszuführen), dabei isolire Dich von der Erde oder benutze ein Werkzeug, Ast oder dergl. mit isolirendem Griff. Wenn immer möglich, wende beide Rettungsregeln an, oder

e) stelle die Maschine ab.

3. Suche die Wirkung des Abjürens zu schwächen, falls der Verunglückte an den Drähten hängt, durch Bereitmachen auf das Herunterfallen des Opfers unter Anwendung obiger Vorschriften.

4. Stelle die Waage am Unfallort auf oder entferne die Drähte.

5. Ist der Verunglückte von der Leitung befreit, so beginne sofort mit den Wiederbelebungsversuchen, wozu der Verunglückte, wenn möglich, in ein gut gelüftetes Zimmer gebracht wird, in welchem nur 2 bis 3 Personen zur Hilfeleistung verbleiben sollen.

Vor allem Anderen ist die Athmung wieder herzustellen, wobei es hauptsächlich darauf ankommt, eine gute Zirkulation zwischen der äußeren Luft und den inneren Organen herzustellen.

Zu diesem Zwecke verfähre wie folgt:

a) Lege den Verämbten auf den Rücken mit unter die Schulter gehobenes Polster (zusammengerollten Rock oder dergl.).

b) Löse alle einschneidenden Kleidungsstücke (Kragen, Halsbind, Gürtel, Knöpfe u. dergl.).

c) Öffne den Mund des Opfers, eventuell gewaltsam, durch einen behutsam zwischen die Zähne zu klammenden Gegenstand (Stück Holz, Messerheft oder dergleichen).

d) Erfasse die Zunge in der Mitte der Mundhöhle mit einem Löffelstiel, ziehe sie langsam aber kräftig heraus und binde sie auf dem Kinn fest mittels eines Löffelstiels, Spatenstängels oder dergl.).

e) Berühre freiwillige Athembewegung, hervorgerufen durch Reizen von Nase und Schlund mit Feder, Strohhalm, Gras od. dergl., durch Vorhalten von Salmiak oder durch Bespritzen von Gesicht und Rumpf mit kaltem Wasser in Verbindung mit tüchtigem Ab-

reiben und Abklatschen dieser Theile mit nassem Tuch.

f) Beginne die künstliche Athmung, wenn nicht in ganz kurzer Zeit freiwillige Athmungsbewegungen eintreten. Dies geschieht wie folgt:

1. Knie hinter dem Kopf des Verunglückten nieder, das Gesicht demselben zugewandt, ergreife dessen Arme oberhalb der Ellenbogen, presse dieselben stark auf den Brustkorb, hebe dieselben langsam im Kreisbogen auseinanderziehend über den Kopf hinaus und kehre nach 2 bis 3 Sekunden Pause wieder in Position 1 zurück. Zähle dabei laut zur Erzielung der notwendigen Gleichmäßigkeit.

2. Mache die künstliche Ein- und Ausathmung in regelmäßigem Tempo 16 bis 20 Mal in der Minute und jeze dieselbe in Ermangelung eines vorherigen Erfolges 1 bis 1½ Stunden fort.

3. Beginnt der Verunglückte wieder zu athmen, was sich durch kurzes Einathmen oder Veränderung der Gesichtsfarbe kundgibt, so vermeide jede weitere Athmungsbewegung und beginne mit derselben erst wieder, wenn die natürliche Athmung aufgehört hat.

4. Ist die Athmung im Gange, so suche die Blutzirkulation zu befördern unter Anwendung derselben Mittel, wie sie bei der freiwilligen Athmung namhaft gemacht worden sind, oder erschüttere durch schnelle kräftige Schläge die Herzgegend. Erholt sich der Verunglückte wieder etwas, so bereite demselben, ohne ihn anzuhoben, ein geeignetes Lager, decke ihn mit Decken zu und löse ihn ekloßelweise warmen Thee, Kaffee, Brod, Wein oder Hoffmannstropfen (15—20 Tropfen in einem Löffel Wasser) ein, sobald er wieder zu schlingen vermag.

6. Weitere Hilfe überlasse dem Arzt.

verstorbenen. Doch auch die Vertreter der deutschen Arbeiter werden nicht müßig sein. Schon ist ein Entwurf zur Erweiterung des Koalitionsrechts im Reichstage eingebracht worden und wir trauen dem deutschen Reichskanzler bis zum 1. Januar 1900 noch soviel Wahrheitsliebe zu, daß er sein gegebenes Versprechen: Aufhebung des Verbots des Inverbindungsstretens von Vereinen, auch hält.

Für die deutschen Metallarbeiter gilt es neue Kämpfer zu dem noch auszufechtenden Streite zu werben.

Nachstehend geben wir die Debatten im Reichstage in der Sitzung vom 20. November wieder.

Am Bundesrathstische: Graf Posadowsky, Brestel, Niederding, v. Rheinbaben.

Zur Tagesordnung steht die 2. Berathung des Gesetzesentwurfes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses.

Ein Theil der nationalliberalen Reichstagsfraktion hat einen Entwurf, der von dem Regierungsentwurf nicht viel abweicht, eingebracht, ebenso hat Herr v. Stumm für den Fall der Annahme des Antrages Büfing etliche Strafverschärfungen beantragt.

Büfing (M.): Nachdem am Schlusse der ersten Lesung der Regierungsvorlage die Ehre einer Kommissionsberathung verjagt worden ist und nach der Agitation, die in der Zwischenzeit gegen diese Vorlage geführt worden ist, gehört für einen liberalen Mann beinahe ein gewisser Muth dazu, einen Theil der Regierungsvorlage wieder aufzunehmen und für berechtigt zu erklären. Ein Theil meiner politischen Freunde ist aber doch der Ansicht, daß es nicht richtig ist, der wichtigen Frage eines besseren Schutzes des gewerblichen Arbeitsverhältnisses gegenüber sich rein ablehnend zu verhalten. Der Abgeordnete Wassermann hat bei der ersten Lesung ausdrücklich betont, daß ein Theil seiner politischen Parteifreunde einen von dem feingliedrigen abweichenden Standpunkt einnimmt. Auch wir sind der Ansicht, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht beschränkt und verkümmert werden darf und daß beide Theile, Arbeitgeber und Arbeitnehmer als völlig gleichberechtigt behandelt werden müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist das gute Recht der Arbeiter, die Hebung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Stellung durch jedes zulässige Mittel in Angriff zu nehmen. Wir werden daher die Handhabe dazu bieten, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter beschränkt werde. (Bravo! bei den Nationalliberalen, Vaden bei den Sozialdemokraten.) Im Gegentheil, wir wollen eine wesentliche Erweiterung desselben. Auf der anderen Seite wollen wir nicht, daß das Koalitionsrecht zum Koalitionszwange für die Widersprechenden wird. (Vaden bei den Sozialdemokraten.) Denn der Koalitionszwang hebt die Koalitionsfreiheit auf. Ebenso wie dem einen Theil der Arbeiter das Recht gewährt werden muß, sich zur Förderung ihrer gemeinsamen Interessen in Koalitionen zusammenzuschließen, ebenso muß der andere Theil der Arbeiter das Recht haben, und dieses Recht muß staatlich geschützt werden, sich von Koalitionen auszuschließen. Das ist eigentlich ein so selbstverständlicher Satz, daß ich nicht begreife, wie ihn nicht Jedermann unterschreiben kann. Das Recht der individuellen Freiheit der freien Selbstbestimmung ist ein unveräußerliches Gut jedes Menschen, ist das höchste Recht von allen. Was nützen alle Volksrechte, wenn dieses oberste Recht des Individuums, sich frei zu bestimmen, was es thun und lassen will, nicht gewahrt bleibt? Es ist eigenhümlich, daß gerade bei uns in Deutschland das Recht der individuellen Freiheit weniger gewürdigt wird als anderswo. Und doch ist es ein so natürlicher und berechtigter Standpunkt, daß überall da, wo durch das Gesetz keine Schranken gezogen sind, das Individuum berechtigt sein muß, das Leben so auszuüben, wie es ihm gefällt. Deshalb begreife ich nicht, wie gerade diejenigen bürgerlichen Parteien, die sonst immer als Hüter und Wächter der Freiheit hier auftreten, nicht in erster Linie dafür sorgen, daß dieser Grundstein der bürgerlichen Freiheit, die individuelle Freiheit, nicht erschüttert wird. Wird dies Recht der persönlichen Freiheit nicht gewahrt, und es wird nicht gewahrt, wenn es nicht staatlich geschützt wird, dann bedeutet das den ersten Schritt zum sozialdemokratischen Zwangsstaat, der jedes Recht des Individuums, jede persönliche Freiheit nivelliert. Wir wollen weiter nichts als den Ausschluß jeden Zwanges bei den Arbeiterkämpfen der Gegenwart, nur diesen einen berechtigten Gedanken haben wir aus der Regierungsvorlage herausgenommen. Den übrigen Inhalt derselben lehnen wir ebenso ab wie die große Mehrheit des Hauses. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Aus diesen Erwägungen sind unsere Anträge hervorgegangen; wir wollen auf der einen Seite eine wesentliche Erweiterung des Koalitionsrechtes, auf der anderen einen Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses auch in denjenigen Fällen, wo die bisherige Gesetzgebung zweifellos nicht genügt. Beides wollen wir haben, nicht auf dem Wege eines Spezialgesetzes, um auch den Schutzein einer arbeitereindlichen Klassengesetzgebung zu vermeiden, sondern auf dem bisherigen Wege der Abänderung der §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung. Außerdem beantragen wir noch die von dem Herrn Reichskanzler bereits zugesicherte Aufhebung des Verbots des Inverbindungsstretens politischer Vereine. Wir haben diesen Antrag an die Spitze gestellt, und dokumentieren damit zugleich, daß es sich nicht um eine Schwächung, sondern um eine Erweiterung des Koalitionsrechtes handelt. Unsere übrigen Anträge beschränken sich auf eine andere Fassung der §§ 152 und 153. In § 152 verlangen wir statt der Worte „Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen“ die Worte „Einwirkung auf Arbeits- und Lohnverhältnisse“. Es springt in die Augen, daß hierdurch in einzelnen deutschen Staaten der Kreis der erlaubten Vereine ganz außerordentlich erweitert wird. Wir haben geglaubt, diese wesentliche Erweiterung des Koalitionsrechtes den Arbeitern schuldig zu sein. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Auf der anderen Seite verlangen wir einen besseren Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses. Daß dieser nötig ist, beweist § 153, der seit 30 Jahren in Geltung ist. Wenn solcher Schutz vor

30 Jahren notwendig war, so ist er es heute gewiß, wo die Arbeiterkämpfe eine immer erbittertere Gestalt angenommen haben. Die Frage ist nur, genügt der Paragraph in seiner bisherigen Fassung, um die Willensfreiheit des Einzelnen zu schützen? Diese Frage kann gar nicht bejaht werden, denn der Paragraph trifft nur einige wenige Fälle der Einwirkung auf Arbeits- und Lohnverhältnisse, nämlich nur den Zwang zur Theilnahme an Verabredungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Natürlich erfordert es zunächst die Konsequenz, daß wir die Strafbestimmungen auf den in unserem § 152 erweiterten Kreis der erlaubten Vereine ausdehnen. Der Widerstand gegen § 153 ist überhaupt nur verständlich, wenn man nur das Strafgesetzbuch für alle Fälle des Zwanges anwenden will. Will man das nicht, so darf § 153 nicht auf wenige Fälle beschränkt bleiben, sondern muß alle gleichartigen Fälle umfassen. Ein Bestreben, dies im Wege der Abänderung des § 153 zu erreichen, ist kein arbeitereindliches, sondern arbeitervriendliches. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Es ist mir auch unverständlich, weshalb gerade diejenigen, welche auf wirtschaftlichem Gebiete den Schutz der Schwachen predigen, auf sozialem Gebiete für ein laissez faire, laissez aller eintreten. Die organisierten Arbeiter sind zweifellos die Starken, die nicht-organisierten die Schwachen; für diese muß gesorgt werden. Die Gefahr des sozialen Manchesterthums ist ungleich größer als die des wirtschaftlichen. Denn bei dem ersteren handelt es sich um den Fortbestand der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung. Noch Eins: Eine weitere Ausdehnung des § 153 ist auch notwendig, damit nicht, wie jetzt, der Grobe-Insuffizienzparagraph herangezogen wird, während § 153 nicht ausreicht. Selbstverständlich sind durch unsere Anträge Arbeitgeber und -nehmer rechtlich vollkommen gleichgestellt, während der bisherige § 153 sich wesentlich gegen die Arbeitnehmer richtete. Auch der von Arbeitgebern ausgeübte Zwang auf Arbeitnehmer zur Nichttheilnahme an Vereinen muß unter Strafe gestellt werden. Wir haben aber keine Veranlassung über das bisherige Strafmaß des § 153 hinauszugehen, wie es der Antrag Stumm beabsichtigt. Im Gegentheil, wir haben eine Lücke des § 153 ausgefüllt, indem wir mildernde Umstände zugelassen haben, bei denen auf Geldstrafe erkannt werden kann. Bei der Schwierigkeit der Formulierung haben wir es für richtig gehalten, und bei unseren Anträgen zum Theil genau an den Wortlaut der englischen Gesetzgebung zu halten. Was in dem angeführten freiesten Lande zulässig dort erträglich ist, wird auch bei uns ertragen werden können, und wenn wir dem Beispiele Englands folgen, wird man uns nicht den Vorwurf der Arbeitereindlichkeit machen können. Der vierte Punkt des Antrages Stumm ist gegenstandslos, weil er sich von selbst versteht. Wenn man unsere Anträge befolgen und leidenschaftslos prüft, sollte man glauben, daß dieselben eine Grundlage abgeben können, auf der sich eine Mehrheit in diesem Hause zusammenfindet. Jedenfalls haben wir geglaubt, dieser so überaus wichtigen Frage gegenüber unsere Schuldigkeit thun zu wollen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Ich kann mir wiederholen, wir wollen keine Beschränkung, keine Verkümmern des Koalitionsrechtes der Arbeiter, sondern eine wesentliche Erweiterung und Stärkung desselben. Ich bitte Sie, unsere Anträge anzunehmen.

v. Stumm (M.): Die Anträge des Herrn Büfing beweisen, daß sich ein großer Theil der nationalliberalen Fraktion von Herrn Wassermann getrennt hat und an den alten Traditionen der nationalliberalen Partei festhält. Ich kann seine Anträge akzeptieren, nur erscheint es mir als ein wesentlicher Mangel, daß er in dem Strafmaß noch unter die bestehenden Bestimmungen heruntergehen will, indem er bei mildernden Umständen Geldstrafe einführt. Das heißt in vielen Fällen die Arbeiter überhaupt nicht strafen, da die Streikfassen dies Geld natürlich bezahlen werden. In dem Antrage des Herrn Büfing ist eine Erweiterung des Koalitionsrechtes, die Aufhebung des Verbindungsverbotes für Vereine vorgeschlagen. Wenn Sie den Antrag Büfing mit meinem Amendement annehmen, so erblicke ich darin ein genügendes Korrelat für die Aufhebung des Verbindungsverbotes. Gleichzeitig nimmt der nationalliberale Antrag aber auch eine Aenderung im Wortlaut des § 152 der Gewerbeordnung vor, indem an Stelle des Wortes „Erreichung“, das Wort „Einwirkung“ gesetzt wird. Ich war in meinem nicht juristisch geübten Verstande zunächst geneigt, diese Aenderung für ganz unbedeutend zu halten. Wie ich der Rede des Herrn Büfing aber entnommen habe, habe ich mich darin getäuscht. Die genannten sozialpolitischen Vereine sollen damit der einzelstaatlichen Vereinsgesetzgebung entzogen werden. Das kann ich nicht zugeben, und deshalb werde ich die Streichung des Wortes „Einwirkung“ beantragen. Falls eine Kommission eingesetzt wird, können wir uns ja dort über die Fassung einigen. Eine Kommissionsberathung erscheint mir durchaus notwendig. Zumal jetzt, wo Herr Büfing seine Anträge als Amendement zu § 1 gefaßt hat, erscheint es mir nicht möglich, im Plenum die gesamte Materie zu erledigen, und zwar um so weniger, als Herr Nieber in der ersten Lesung sich vorbehalten hat, bis zur zweiten Lesung Anträge einzubringen. Ich weiß allerdings nicht, ob Herr Nieber heute noch auf diesem Standpunkt steht. Jedenfalls bitte ich, die Vorlage nicht etwa der Gewerbeordnungscommission zu überweisen, weil der Entwurf zum Theil nicht in direktem Zusammenhang mit der Gewerbeordnung steht, und weil wir nicht die Gefahr laufen wollen, daß die damit bepackte Gewerbenovelle gleichfalls in's Wasser fällt. Ich beantrage daher, die Vorlage an eine besondere Kommission zu verweisen. Was nun die Regierungsvorlage anlangt, so bin ich im Gegensatz zu der großen Mehrheit der Redner in der ersten Lesung der Ansicht, daß niemals eine gerechtfertigtere und auf besserem Grunde basirende Vorlage von der Regierung eingebracht worden ist, als diese. (Große Heiterkeit links. Sehr richtig! rechts.) Die Vorlage ist durchaus maßvoll. (Erneute Heiterkeit links.) Wenn die Sozialdemokraten es als eine Schwachheit und Schande bezeichnen, daß eine solche Vorlage überhaupt eingebracht werden konnte, so berührt mich das weiter nicht. Wenn aber Herr Böfide gesagt hat, er würde sich schämen, einem Reichstage anzugehören, der eine solche Vorlage annimmt, so könnte man die Spitze dieser Worte sehr leicht gegen Herrn Böfide selber kehren. Ich bin erstaunt, warum man sich schämen soll, wenn man in irgend einer Frage der Minorität angehört. Herr Böfide, der jede Gelegenheit benützt, allen denen Mangel an Loyalität vor-

zuwerfen, die seine Auslegung der kaiserlichen Februarverfassung nicht billigen, vergißt ganz, daß gerade dieser Gesetzesentwurf auf allerhöchste Initiative zurückzuführen ist. Der Entwurf will nichts Anderes, als was Herr v. Verlopfch im Jahre 1891 wollte. Und selbst Herr Böfide gab damals zu, es müsse verhindert werden, daß Arbeiter zum Streifen gezwungen werden und damals trat die nationalliberale Partei einstimmig für den Theil der Regierungsvorlage ein, der etwa dem § 1 dieses Entwurfs entspricht. Obwohl sich seitdem die Fälle von Streikterrorismus um das Tausendfache vermehrt haben, obwohl die Vorlage erheblich milder ist als die von 1891 (Heiterkeit links), obwohl auch gegen die Arbeitgeber Strafbestimmungen erlassen sind, wird die Vorlage jetzt von verschiedenen Seiten auf das Schonungsloseste zerstückelt. In den Angriffen vermischt ich völlig jeden höheren Gesichtspunkt. Sie wird mit Schlagworten bekämpft die an die Zeit der 48er Revolution erinnern (Heiterkeit links) und mit juristischen Spitzfindigkeiten. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien erweckt in mir den Anschein, als sei das Gefühl für die sozialdemokratische Gefahr in großen Kreisen verschwunden. Vor fünf Jahren wäre eine derartige Verbeugung vor der Sozialdemokratie unerhörte und ganz unnötig gewesen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten, sehr richtig! rechts.) Es wäre unmöglich gewesen, daß ein Sozialdemokrat die Rede eines nationalliberalen Führers zu dieser Frage als „wundervoll“ bezeichnet hätte, wie es diesmal in erster Lesung seitens des Herrn Heine geschah (Sehr richtig! rechts.) Eine lebhafteste Protesterhebung ist gegen die Vorlage entfaltet worden. Dabei wird aber fortwährend der Schutz der Freiheit des Arbeiters mit der Koalitionsfreiheit verwechselt. Dabei entfaltet die Sozialdemokratie in den großen Städten zum einen Terrorismus, demgegenüber etwaiger Terrorismus einzelner Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände vollständig verschwindet. Diese Unternehmerverbände sind notwendig gegenüber der Organisation der Sozialdemokraten. Wenn ein Maurer z. B. nicht mitstreifen will, dann wird er durch das ganze Land verbohrt und überall gefragt: „Hast Du reine Wäsche?“ Hat er keine Beiträge zum Streikfonds bezahlt, dann wird er in jeder Weise gemahregelt und geärgert. Der Terrorismus der Arbeitgeber ist im Vergleich zu dem Terrorismus der sozialdemokratischen Organisationen geradezu ein Kinderspiel. Die Arbeitswilligen sind hier als minderwertige Arbeiter bezeichnet worden. Es ist gesagt worden, sie würden als ehrlos betrachtet, weil sie sich nicht der Majorität ihrer Kollegen anschließen. Nach dieser Logik wären auch die christlichen Organisationen ehrlos, weil sie in der Minorität sind und sich den sozialdemokratischen Organisationen nicht anschließen. Gerade die christlichen Organisationen haben das stärkste Interesse an der Verhinderung des sozialdemokratischen Terrorismus. Ich verstehe es daher durchaus, wenn gerade ein katholisches Blatt, die „Märkische Volkszeitung“, das meiste Material für diesen Terrorismus geliefert hat. Ich behaupte: Jeder verständige Arbeiter, dem man objektiv die Vorlage vorlegt und dem man nicht weiß macht, daß ihm die Koalitionsfreiheit genommen werden soll, muß die Vorlage geradezu als Erlösung begrüßen. (Heiterkeit links. Sehr richtig! rechts.) Ich mache mich anheischig, sie in meinem Wahlkreise vor jeder Arbeiterversammlung zu vertreten und fürchte nicht, dadurch an Popularität einzubüßen. Man wundert sich, daß die Arbeiter nicht mehr Petitionen für die Vorlage eingeschickt haben. In Kreisel haben es ja die Arbeitswilligen gethan. Wenn sich diese Arbeiter gegen den sozialdemokratischen Terrorismus besser geschützt fühlen würden, würden sie auch vielmehr ihre Wünsche laut werden lassen. Der Vorsitzende des christlichen Arbeitgeberverbandes, Herr Brust, versichert uns freilich, die gesammte Arbeiterschaft Deutschlands protestirt gegen dies Gesetz! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber Herr Brust hat kein Recht, im Namen der gesammten Arbeiterschaft Deutschlands zu sprechen. Es ist ebenso übertrieben, als wenn ich sagen wollte: Die ganze Arbeiterschaft Deutschlands begrüßt dieses Gesetz. Eines der beliebtesten Schlagwörter gegen die Vorlage ist auch: Wir nehmen kein Ausnahmegesetz an.“ Das hören wir immer, wenn die Regierung Gesetze gegen die Sozialdemokratie vorlegt. Dann wird nach einer Erweiterung des allgemeinen Strafrechts verlangt. Die Regierung bringt die Umsturzvorlage. Da aber für sie man: „Das sind ja Kaufschaffparagrafen, wodurch auch andere Parteien betroffen werden können.“ Was soll da die Regierung machen? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Gar nichts! Große Heiterkeit.) Die Vorlage ist ebensowenig ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, wie etwa das Wirthschaftsengesetz oder die Seemannsordnung. (Unruhe links.) Dagegen haben wir noch eine ganze Menge Bestimmungen, die geradezu den Charakter eines Ausnahmegesetzes gegen die Arbeitgeber tragen. (Heiterkeit links.) Ich erinnere daran, daß der Arbeitgeber mit einer Geldstrafe bis zu 2000 M. bestraft werden kann, wenn er Merkmale auf den Invalidenkarten anbringt. Ich erinnere an die Bestimmungen über die Sonntagstrafe. Da wird der Arbeitgeber bestraft, auch wenn er ganz unschuldig ist und der Arbeiter die Sonntagstrafe übertreten hat. Es kommt in meinem Vertriebe vor, daß sich Arbeiter zu einer Reparaturarbeit, die am Sonntag vorgenommen werden muß, melden, obwohl sie Sonntag vorher schon gearbeitet haben. Bei 4000—5000 Arbeitern in einem Betriebe läßt sich das nicht immer kontrollieren. Erfolgt eine Anzeige, dann werde ich bestraft. Das ist geradezu ein Ausnahmegesetz. In dieser Vorlage werden die Arbeitgeber gleichfalls unter Strafe gestellt. Wenn darauf hingewiesen wird, daß die Arbeiter doch wohl häufiger bestraft werden würden, so liegt das daran, daß die Arbeitgeber viel mehr gewohnt sind, sich dem Gesetze zu fügen wie die Arbeiter. Man hat gegen die Vorlage eingewandt, sie sei unnötig, weil der grobe Insuffizienzparagraph da wäre, und hat an die strenge Bestrafung der Vöbtauer Arbeiter erinnert. Ich sehe gar nicht an, zu erklären, daß der grobe Insuffizienzparagraph auch nach meiner Auffassung häufig angewandt wird, ohne daß eine ratio legis Grund, das Gesetz anzuwenden) vorliegt. (Hört! hört!) Gerade diese Anwendung des groben Insuffizienzparagraphen soll ja durch die Vorlage aufgehoben. Soll denn erst dann eingeschritten werden, wenn Mord und Todschlag erfolgt? Nach unserer Auffassung ist zu verhindern, daß nur durch Zufall ein leichtes Vergehen zum schweren Verbrechen wird. Ich habe das Vöbtauer Schwurgericht in Schutz genommen, gleichzeitig aber mein Mitleid für die Verurtheilten ausgedrückt. Für verantwortlich halte ich auch

hier die sozialdemokratischen Agitatoren, welche die Leute auf's Außerste aufregen, so daß aus einem leichten Vergehen ein schweres Verbrechen wird. Den Leuten muß der falsche Ehrgeiz genommen werden, sie müssen aufhören zu glauben, sie hätten ihre Schuldigkeit, wenn sie Streikbrecher verächtlich behandeln und Zwangsmittel gegen sie aufwenden. Ein Streikbrecher hat die gleiche Stellung, wie ein Arbeiter, der zwischen Arbeiter und Arbeitgeber beständig ein beständiger Krieg. Jeder Arbeiter hat den natürlichen Wunsch, seine Lebenslage zu verbessern und seinen Lohn zu erhöhen. Ein geeignetes Mittel hierzu ist es aber nicht, wenn er sich als feindliche Macht gegen die Arbeitgeber stellt und als kriegsführende Macht mit ihnen unterhandelt. Der Unternehmer ist an sich geneigt, billige Wünsche seiner Arbeiter zu erfüllen, nicht bloß aus ethischen Gründen, die ja auch ihre Rolle spielen, sondern auch deshalb, weil ein gut genährter Arbeiter ihm ganz andere Dienste leisten kann, als ein schlecht genährter. Wie kann man den deutschen Arbeitgebern Egoismus vorwerfen? Unsere ganze Sozialgesetzgebung ist doch aus der Initiative der Arbeitgeber hervorgegangen. Ich bin doch auch Arbeitgeber! Ich habe doch seiner Zeit sozialpolitische Entwürfe gestellt und kämpfte noch heute dafür, daß die Wittwen- und Waisenversorgung eingeführt wird. Wie kann man da von Egoismus reden? Die Großindustrie hat am allerwenigsten Interesse an diesem Gesetz. Der Mittelstand, die Handwerksmeister, besonders im Baugewerbe, brauchen es dringend. (Sehr richtig! rechts.) Wir hören die Schmerzensschreie des Handwerks; es ist in seinem Existenzkampf bedroht, es fordert: so darf es nicht weiter gehen mit dem sozialdemokratischen Terrorismus! (Sehr richtig! rechts.) Das sagen die zahlreichen Petitionen der Innungen. Kein Freund des Mittelstandes kann es ablehnen, hier helfend einzugreifen. Sehr richtig! rechts.) Ein großes Interesse an diesem Gesetz hat aber auch der Staat. Bei den Drangsalierungen der Arbeitswilligen handelt es sich nicht immer um Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern um die politische Macht. Die Sozialdemokratie hat sich zu einem wahren Staat im Staate entwickelt. (Sehr richtig! rechts.) Man behauptet die Förderer der Sozialdemokratie, sie hätte sich gemauert. Auf dem letzten Parteitag der Sozialdemokratie zu Hannover (März links: zu Hannover) ist aber gesagt worden: es bleibt bei der Expropriation. Differenzen zwischen den einzelnen Führern haben ja dort zu heftigen Debatten geführt, aber es handelte sich dabei nur um taktische und persönliche Fragen. Der Streit zwischen Kautsky (März links: Kautsky) und Bernstein hat die Masse der Sozialdemokratie überhaupt nicht berührt; die Marx'sche Werttheorie ist den Massen vollständig gleichgültig. Sie (zu den Sozialdemokraten) geliebten Ihre Anhänger und halten sie nur dadurch fest, daß Sie sie verheizen und Unzufriedenheit über unsere Zustände verbreiten. Wenn die Sache dann losgeht, dann können Sie, selbst wenn Sie wollen, die Massen nicht mehr aufhalten. Unzufriedenheit freilich, wie sie von bürgerlicher Seite bei der Generaldebatte über diesen Entwurf gefallt sind, sind mir geeignet, Ihren Behauptungen den schärfsten Vorwurf zu leisten, mehr als Sie selbst vermögen. Der Herr Abgeordnete Wasserhagen hat von zwei Weltanschauungen gesprochen, die sich in dieser Frage gegenüberstehen. Die eine erblickt in der Arbeiterbewegung eine Gefahr für die Kultur, die andere sieht diese Gefahr, will aber die Arbeiterbewegung trotz der Sozialdemokratie befördern, um die patriotischen Arbeiter zurückzugewinnen, und sie mit der bürgerlichen Gesellschaft zu verbinden. Ich bin der Ansicht, daß nicht zwei, sondern drei Weltanschauungen gegenüberstehen. Die erste erblickt den Umsturz von Monarchie, Vaterland, Religion und Sitte. Die zweite kennet die Gefahr dieser Bestrebungen nicht, läßt sie aber gewähren und sucht sie zu vertuschen. Die dritte endlich blickt der Gefahr klarer Auges entgegen, sie fordert, daß der Staat seinen Lebenslauf mit allen Mitteln bekämpft und vor allen Dingen ruhige, arbeitswillige Arbeiter heranzüchtet gegen die Unterjochung durch demagogische Hepter. Dieser dritten Anschauung haben ich und meine politischen Freunde stets angehört und werden ihr angehören, selbst auf die Gefahr hin, daß unsere Stimmen in diesem Hause ungehört verhallen. (Bravo! rechts.) Ich beantrage, die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen.

Präsident Graf von Hallestrom nimmt mit einem Hinweis auf die Geschäftsordnung die Abstimmung über den vom Abg. Stumm gestellten Antrag auf Kommissionsberatung sofort vor.

Der Antrag geht v. Stumm auf Kommissionsberatung und gegen die Mehrheit der Nationalliberalen, beide konservativen Parteien und die Antisemiten abgelehnt. (Große Bewegung.)

Dr. Lieber (3.): Namens aller meiner politischen Freunde habe ich eine kurze Erklärung abzugeben. Nach der Beratung dieses Gesetzesentwurfs in erster Lesung vor der Beratung des Reichstages waren wir noch der Hoffnung, es würde die Zustimmung bewirkt werden können, um das Koalitionsrecht im Deutschen Reich zu sichern und auszuweiten. In diesem Sinne haben wir einen Gegenentwurf in Aussicht gestellt. Dieser Gegenentwurf ist von uns auch ausgearbeitet worden. In welcher Richtung sich dieser Gegenentwurf bewegt, erhellt aus unserer Erklärungnahme zum bürgerlichen Gesetzbuch, zur Aufhebung des Verbindungsverbotes politischer Vereine, zur Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und aus unserem Antrag auf Errichtung von Arbeitskammern. Dieser Gegenentwurf, indem wir diese Hoffnung vollständig gipfeln. Wir können für unsere Pläne nicht auf eine Mehrheit des Reichstages, geschweige denn auf eine Zustimmung der verschiedenen Regierungen rechnen und müssen vollständig auf die Bewältigung unserer Absichten verzichten. Damit entfällt für uns auch jedes Bedürfnis zu einer Kommissionsberatung. (Beifall im Zentrum und links.)

Staatsminister Graf v. Posadowsky: Nachdem die Vorlage in erster Lesung schon so gründlich erwogen worden ist, würde ich etwas Ueberflüssiges thun, wenn ich mich über die einzelnen Punkte des Gesetzesentwurfs noch näher verhalten wollte. (Sehr richtig! links, Heiterkeit.) Als der Gesetzesentwurf aber das Plagiat des Reichstages hier zur Beratung kam, da wurde von dem Vertreter einer großen Partei hier im Hause die Erklärung abgegeben, daß es der Ehre des Hauses entspräche, in eine Kommissionsberatung zu willigen, wenn diese von einer großen Partei beantragt werde. Diese Ehre des Hauses hätte auch einer Ehre der Öffentlichkeit gegenüber den verschiedenen Regierungen ent-

sprochen. (Große Unruhe links, Abg. Lieberrecht: Zur Ordnung! Abg. Singer (mit erhobener Stimme): Das ist doch Sache des Reichstages. Große Unruhe rechts. Abgeordneter v. Frege: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.) Sie werden mir doch hier gestatten, meine Ansicht zu sagen. Wir Minister lassen uns von der Sozialdemokratie noch lange keinem Koalitionszwange unterwerfen. (Bravo! rechts. Abg. Singer: Dann kritisieren Sie nicht die Geschäfte des Hauses!) Gegen die einzelnen Bestimmungen der Vorlage, besonders gegen ihre Tendenz kann doch gar nichts eingewendet werden. England, die Vereinigten Staaten von Amerika haben härtere Gesetze, um einen besseren Schutz der Arbeitswilligen herbeizuführen. Täglich werden in der Presse empörende Fälle der Vergewaltigung von Arbeitswilligen berichtet, ohne daß es möglich wäre, eine strafrechtliche Sühne herbeizuführen. Trotzdem ist unser Gesetzesentwurf nicht einer Kommissionsberatung für würdig erachtet worden. Daß es unter diesen Umständen fruchtlos wäre, auf die hier vorliegenden Entwürfe einzugehen, daß ich damit nur die stenographischen Aufzeichnungen umfangreicher machen würde, ist mir klar. Einige Bemerkungen kann ich jedoch nicht unterdrücken. Der Kernpunkt der ganzen Vorlage ist der, daß die Arbeiter geschützt werden sollen gegen den maßlosen Terrorismus durch das sogenannte Streikpostenstehen. Ich habe bei der ersten Lesung behauptet, daß nach einem Urtheile des höchsten Gerichtshofes in England das Streikpostenstehen überhaupt verboten ist. Herr Leitzmann trat mir damals entgegen, er behauptete, es werde nur bestraft, wenn Gewaltthatigkeiten damit verbunden seien und rief mir zu: „Packen Sie nur ein mit Ihrer englischen Gesetzeskenntnis!“ Es widerspricht mir, auf das Placat des Herrn Leitzmann hinanzudeuten. Ich will nur heute ausdrücklich feststellen, daß sich damals Herr Leitzmann im groben Irrthum befunden hat. Ich bin genau informiert und wiederhole, in England ist das Streikpostenstehen überhaupt unter Strafe gestellt. Sie können mir glauben, wir haben diese Frage sehr genau studirt. Was sonst in den Zeitungen über englische Gesetzgebung geschrieben worden ist, ist eine Mischung von Mißverständnissen und freier Phantasie. Gestützt nun auf alle diese Thatfachen legen wir Ihnen einen Gesetzesentwurf vor. Wir bestehen nicht auf den Einzelheiten des Entwurfs, sind gern bereit in Verhandlungen über die einzelnen Punkte einzutreten. Statt dessen lehnen Sie den Entwurf a limine ab, ohne ihn auch nur der Ehre einer Kommissionsberatung zu würdigen. Mit der Sozialdemokratie rede ich nicht darüber, aber es gibt Prekursorge, die jeden Tag laut verkünden, die Sozialdemokratie habe sich gemauert. Ich habe mich deshalb bemüht, einmal festzustellen, was bedeutet denn im wissenschaftlichen Sprachgebrauch das Wort „mauern“ (Heiterkeit), und ich habe da gefunden: mauern ist jener wichtige Vorgang bei den Thieren, wo sich die alten Gewebe auflösen oder abstoßen. In Hannover hat das die Sozialdemokratie nicht gethan. Dort waren im Gegentheil die sich bildenden neuen Gewebe in Gefahr, abgelöst und abgestoßen zu werden. Die bürgerlichen Parteien sollten das bedenken. Die Sozialdemokratie muß der Regierung fortwährend Schwierigkeiten machen, muß sie überall diskreditiren. Die Sozialdemokratie hat denn auch in Hannover erklärt, am alten Endziel festzuhalten! (Abg. Singer: Sehr richtig! Große Heiterkeit) und der bürgerlichen Gesellschaft den Vernichtungskrieg erklärt. (Sehr richtig! rechts.) Anders liegt es mit den bürgerlichen Parteien. Wir haben gewiß das ehrlichste Willen, Alles zu thun, was in unseren Kräften steht, um das Arbeiterloos zu bessern. Fünf sozialpolitische Gesetze liegen Ihnen allein in dieser Session vor. Eines davon enthält sehr erhebliche Verbesserungen für die Arbeiter. Die Regierung wird sich auch durch keine Verhandlungen hier im Hause, auch nicht durch die Haltung der Sozialdemokratie abhalten lassen, für die Arbeiter zu thun, was sie aus sittlichen Gründen für notwendig hält. Es gibt aber bürgerliche Parteien, welche bei jedem sozialpolitischen Gesetze ausrufen: Repressivmaßregeln können nicht erst bewilligen, wenn alle berechtigten Wünsche der Arbeiter erfüllt sind. Wenn wir nun ein Koalitionsrecht (einwählbares) haben und sehen, wie diese Freiheit gebraucht wird, so ist der Standpunkt der Regierung wohl zu befehlen, wenn sie erst die Arbeiter vor diesen Mißbräuchen schützen will und erst dann in Erwägung darüber einzutreten will, wie auf der anderen Seite größere Freiheiten gewährt werden können. (Auf links: Umgekehrt! Umgekehrt!) In einer Kommissionsberatung wäre es vielleicht möglich gewesen, beide Erwägungen zu gleichzeitigen Vorschlägen auszuweisen zu lassen. Aber darüber werden Alle mit mir einig sein, daß es ganz unmöglich ist, Fragen so diplomatisch, subtiler Natur im Plenum zu erörtern. Ich weiß nicht, ob es tiefgehende politische Erwägungen wären, die die Mehrheit bewegen haben, eine Kommissionsberatung abzuwehren. In dem heutigen Beschluß sollten die Regierungen aber nur ein bedenktliches Zeichen erklären. (Große Unruhe.) Ob die Sozialdemokratie zustimmt, will wir keinem, zum Schaden des Vaterlandes, das wird in erster Reihe von der Stärke und dem Selbstbewußtsein der verschiedenen Regierungen abhängen. (Abg. v. Frege links: Kanalvorlage!), dann aber auch von der stilligen Kraft und Geschlossenheit, mit der die bürgerlichen Parteien den Kampf gegen den Umsturz aufnehmen. (Beifall! Bravo! rechts, lebhaftes Rufen links.)

(Während des letzten Theiles der Rede des Abg. Böling ist der Reichskanzler durch Hohenlohe erschienen.)

Der Abg. Frege, von Stumm ist ein Antrag eingebracht, im Sinne des Reichstages Böling vor den Worten „theilnehmend haben“ die Worte „theilnehmen oder“ einzufügen.

Frege (2.): Bei der Situation, die sich heute in diesem Hause entwickelt hat, glauben meine politischen Freunde und ich, daß wir unsere Pflicht verletzen würden, wenn wir hier noch lange Worte machen. (Sehr richtig! links.) Das deutsche Volk will wissen, wie es mit diesem Gesetz daran ist, je eher, desto besser, und würde lange Debatten nicht vertragen. Die gesetzgeberischen Aufgaben, die uns noch in großer Menge bevorstehen, machen es uns zudem auch sehr vortheilhaft, wenn wir mit diesem Gesetzesentwurf möglichst bald einen Tisch machen, um zu anderen wichtigen Arbeiten übergehen zu können. Wir haben auch Wünsche hinsichtlich der Ausbildung des Koalitionsrechts und seiner Einwirkung gegen allerlei Veruntächtigungen, die heute das Koalitionsrecht der Arbeiter nur auf dem Papier vorfinden lassen.

aber wir stellen diese Wünsche auch für heute zurück. Wir sind der Ansicht, daß der Boden dieser Vorlage, die eine so allgemeine Entrüstung in der Arbeiterbevölkerung hervorgebracht hat, nicht der Boden ist, auf dem wir über die Erweiterung der Rechte des Volkes verhandeln können. Erst dies weg! dann können wir über das Andere reden. Wir können um so leichter auf das Wort verzichten für heute, weil ja die Absichten, die wir haben, und die Wünsche über die Erweiterung des Koalitionsrechts und auch zugleich die Entwürfe des Abgeordneten Lieber, die bereits dem Hause vorliegen, uns reichlich Gelegenheit geben werden, unsere Ansichten zu entwickeln. Wir würden den impotenten Eindruck, den diese Abweisung eines Scharfmacheraktes im Lande hervorbringt, abschwächen, wenn wir auch nur ein Wort hinzufügen. Und darum sage ich einfach Namens meiner Freunde: Wir werden die Vorlage und alle vorliegenden Entwürfe ablehnen. (Beifall! Beifall bei der Sozialdemokratie.)

v. Coebell (2.): Nach der eigenthümlichen und überraschenden Art, wie hier der Antrag auf Kommissionsberatung abgelehnt worden ist, könnte ich mich ja auch auf eine kurze Erklärung beschränken. Ich will aber vor dem Hause und vor dem Lande unseren Standpunkt hier etwas näher präzisiren. (Ausrufe links.) In den Debatten, die von der Opposition über und gegen den Gesetzesentwurf gehalten worden sind, ist von allen möglichen Dingen die Rede gewesen, nur nicht davon, wie denn nun eigentlich der Schutz der Arbeitswilligen zu bewerkstelligen sei, dessen Nothwendigkeit doch von den verschiedensten Seiten zugestanden worden ist. In den Kämpfen, wie sie in Deutschland nun seit etwa zwanzig Jahren spielen, hat sich ein Zustand im Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern gebildet, dem die Regierung unmöglich mit veränderten Armen zusehen kann. Die Regierung kann und darf nicht dulden, daß die unorganisirte Mehrheit der Arbeiter von der organisirten Minderheit in geradermaßen schwächerer Weise vergewaltigt wird. (Sehr richtig! rechts; Gelächter und Widerspruch links.) Herr v. Treitschke, sicher kein konservativer Politiker (Widerspruch links), hat die vernünftige Freiheit als die Abwesenheit vernunftwidriger Zwänge definiert und in diesem Sinne haben sich auch vor und nach ihm die bedeutendsten liberalen Politiker und Stimmführer ausgesprochen. Die Sozialdemokratie freilich, die sagt die Freiheit anders auf; in ihrem Sinne sind gegen den Arbeiter, der sich bei der Verfolgung wirtschaftlicher Ziele, einerlei welcher Art, sein Kameraden trennt, alle Mittel erlaubt (Heftiger Widerspruch links); hat der Arbeiter dies gekauft, um seinen hungernden Familie Brod zu schaffen, so ist das höchstens als mildernder Umstand zu betrachten. Ich begreife sehr wohl das Siegesgeheul, das die sozialdemokratische Presse ausstößt, als im vorigen Sommer die Regierungsvorlage ohne Kommissionsberatung abgelehnt wurde. Um so eifriger beklagte es in den weitesten Kreisen der Staats-treuen und ordnungsliebenden Bevölkerung (Heiterkeit), daß auch von der Mehrheit der bürgerlichen Parteien die Regierung in Stich gelassen würde. Wegen sich das die bürgerlichen Parteien doch ja ad notam nehmen. (Unruhe und Heiterkeit; Ausrufe links.) Durch Ihre Zurückverhinderung sie mich nicht, zu sagen, was ich beabsichtige. Wir Konservativen hätten vielleicht nicht so freudig der Regierungsvorlage zugestimmt, wenn wir nicht überzeugt wären, daß gerade in den Kreisen der arbeitswilligen, staatskreuen Arbeiter dieselbe begeisterte Zustimmung gefunden hat und findet. (Heiterkeit und Widerspruch.) Auf Einzelheiten kann ich mich hier nicht einlassen; ich will nur auf den Hülfskreis hinweisen, den die verewaltigten Kreise der Arbeitswilligen ausgezogen haben. Jedenfalls liegt eine erhebliche Fülle von Material vor, aus der sich ergibt, daß der § 158 zum hinreichenden Schutze der Arbeitswilligen nicht ausreicht. Bei der Beratung des nationalliberalen Antrages wird nicht die Rede auf den Ausbau des Koalitions- und Verleumdungsrechts kommen. Ich will schon hier keinen Zweifel darüber lassen, welches nicht Bestimmungen gegen staatsfeindliche Vereine enthält. (Hört! hört! links.) Man spricht davon, daß alle Gesetze auf ihre Wirkung auf die Sozialdemokratie zu prüfen sind. Wir sind auch dieser Ansicht. Mit einem großen Geschicklichkeit — ich sehe nicht an, dies anzuerkennen — mit einer diabolischen Geschicklichkeit hat die Sozialdemokratie alle Gesetze, auch unanständig die Arbeitergesetze, benutzt, nicht etwa dem Arbeiter zu nützen, sondern ihre politische Macht zu vermindern. Wir haben deshalb immer darauf hingewiesen, wie bedenklich es ist, die Arbeiter an der Wahl der Verwaltungsbehörden zu theilnehmen zu lassen, weil sofort die Sozialdemokraten dabei sind, die Sache in ihre Hand zu bringen. (Hört, hört! links.) — Sehr richtig! rechts.) Für die gewissenlose, keine Mittel verschmähende Agitation der Sozialdemokratie ist ein Gedicht bezeichnend, das ich neulich in einem sozialdemokratischen Blatt fand (Lieber verliest unter Unruhe und Heiterkeit des Hauses ein Gedicht, aus dem hervorgeht, daß die sozialdemokratische Presse die nichtsozialdemokratischen Arbeiter als „Lumpenhund“ bezeichnet.) Sie sehen, die Sozialdemokraten beschimpfen die Arbeiter, die nicht zu ihnen gehören, als „Lumpenhund“, um die sich kein „zielbewußter“ Arbeiter kümmern darf, um die sich aber auch der Staat nicht kümmern soll. Wir werden nicht müde werden, diese ihnen zugefügte Beschimpfung den nichtsozialdemokratischen Arbeitern immer und immer wieder ins Gedächtnis zu rufen. (Unruhe und Gelächter.) Der Staat hat die Pflicht, die vaterlandsliebenden, königstreuen Arbeiter zu schützen. Auf unserer konservativen Parteitag in Dresden ist das rechte Wort gefallen: „Wir müssen die offene, hilfsbereite Hand beim armen, ehrlichen Arbeiter entgegenrecken; aber beim frevelhaften Umstürzler die gepanzerte Faust mit dem

\*) Nr. 140 des „Echo“ vom 18. Juni dieses Jahres, wo das einleitende Gedicht der Wochenplauderei die Strophe enthält:

Wer sich als räub'ger Lumpenhund  
Bei einem Streik erweist,  
Als heiter Bürger wird gekannt  
Gefehert und geprieht.  
Lustig lumpt!  
Er gepumpt!  
Fammer froh und arbeitswillig!  
Er, wie immer der Schnaps so billig!

währenden und strafenden Schwert.“ (Bravo! rechts; Hul hu! und Ruhe links.) Der Staat hat sich nicht mit der Nachtwächterrolle zu begnügen; er darf die Dinge nicht laufen lassen, wie sie wollen. Der Staat darf nicht erst eingreifen, wenn ein Feuer ausgebrochen ist, sondern er hat auch eine vorbeugende Aufgabe, dafür zu sorgen, daß das Feuer nicht ausbricht. Diese vorbeugende Thätigkeit erwarten und verlangen wir vom Staate. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Sozialdemokratie einen neuen Staat im Staate aufrichten will; dagegen müssen sich alle Elemente zusammenschließen, deren Devise ist: „Fürchte Gott und ehre den König!“ (Bravo! rechts.) Wir sind der festen Ueberzeugung, daß der Kampf unauslöschlich ist, der Kampf zwischen Glauben und Unglauben, und wir werden siegen. (Verhaftes Bravo! rechts. Ironische Bravourufe links.)

Der Abgeordnete Richter wendet sich gegen eine Einmischung des Grafen Posadowsky in die Geschäfte des Reichstags, welches Graf Posadowsky bestreitet, beabsichtigt zu haben. Kurze Erklärungen gaben noch ab die Abgg. Koelcke, Doffan, Mollenhuth, Dr. Bachem, Böllinger (Elf.), Dr. Waffermann und Richter, der sich nochmals gegen Posadowsky wendet.

Damit schloß die Diskussion und die Abänderungsanträge von Stamm und Büding wurden abgelehnt. Alsdann wurden die einzelnen Paragraphen der Regierungsvorlage abgelehnt. Für den Buchhausparagrafen (§ 9) stimmten nur einzelne Konservative.

Die zum Gesetz vorliegenden Petitionen hatten durch die gefaßten Beschlüsse ihre Erledigung gefunden.

## Geschichte und Theorie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung.

Ueber dieses Thema hielt Prof. Dr. Sombart am 18. November im Humboldtverein für Volksbildung in Breslau einen Vortrag, den wir hiermit im Auszüge wiedergeben wollen.

Der bekannte Volksmann Johann Jacoby hat, so begann Medner, den Ausspruch gethan: „Die Gründung des kleinsten Arbeitervereins hat eine größere Bedeutung, als die Schlacht von Königgrätz.“ Es liegt hierin ohne Zweifel eine Ueberreizung. Aber es ist auch kein Zweifel, daß die Organisation der Arbeiterschaft eine weltgeschichtliche Bedeutung hat. Die Organisation der modernen Arbeiterschaft ist eine Erscheinung, die sich in allen Kulturländern bemerkbar macht. Die Organisation der Arbeiterschaft ist zu einer Erscheinung geworden, an der kein Staatsmann, kein Gelehrter, kein Gebildeter vorübergehen kann, über die er sich orientieren muß.

Daß der Mensch mit anderen Menschen zusammen lebt und strebt, ist eine Erscheinung, die überall auftritt, wo überhaupt Menschheit leben. Es gibt keine Zeit und keinen Ort, wo der Mensch der Regel nach allein gelebt. Es scheint in der Menschennatur zu liegen, daß der Mensch Anschluß an andere Menschen sucht. Der Mensch ist im Allgemeinen das, was man ein Herdentier nennen kann. Es geht nur, wenn er im Kreise von Genossen sich befindet. Solche Kreise hat es in den Blutsverwandtschaften, Stippen etc., in die der Mensch hineingeboren wird, immer gegeben. Diese natürlichen Verbände sind seit einer Reihe von Jahren und Jahrzehnten in der Auflösung begriffen. Die Masse der Menschen wird heute zerstreut über Stadt und Land ohne natürlichen Zusammenhang und Zusammenschluß. Wie es in der Menschennatur begründet ist, daß der Mensch sich anschießt, sehen wir darin, daß, nachdem diese Vereinzelung eingetreten, die Einzelnen versuchen, künstliche Verbände herzustellen, in denen sich diejenigen zusammenschließen, die zusammengehören. Man hat oft gespöttelt über die Vereinsmeierei unserer Tage. Sie zeigt gewiß viel Auswüchse. Aber dieses Streben nach Zusammenschluß ist doch tief in der Menschennatur begründet. Auch unter dem Gesichtspunkte der Berufszusammengehörigkeit verbinden sich die Menschen. Es entstehen die verschiedensten Berufsvereine, die diejenigen zusammenschließen, die eine gemeinsame Thätigkeit ausüben. Diese Berufsvereine sind nichts Neues. Die bedeutendste dieser Erscheinungen ist vielleicht diejenige, die man unter der Zunfthandlung des Mittelalters zu verstehen pflegt. Die alten Zünfte waren recht eigentlich Berufsvereine, Zusammenschlüsse von Gewerbetreibenden einer und derselben Branche. Solche Berufsvereine sind auch die modernen Arbeitervereine. Sie sind, wie die alten Zünfte, gebildet aus den Angehörigen ein und desselben Berufes. Ihre Verwandtschaft mit den alten Zünften hat sie auch mit dem alten Namen belegt, indem man von Arbeiterzünften spricht. Ohne Zweifel sind die modernen Arbeitervereine derartige Berufszusammenschlüsse. Die modernen Arbeitervereine sind Berufsvereine, aber doch mit einer Einschränkung, insofern die Berufszugehörigkeit nicht ein ausschließliches Merkmal derselben ist. Berufsvereine im alten Sinne sind die modernen Arbeitervereine auch deshalb nicht, weil sie mehr sind als Berufsvereine und zwar weil sie weniger umfassen als die sämtlichen Zugehörigen eines Berufes. Dem modernen Arbeiterverein gehören nur an die Zu-

gehörigen einer Gruppe eines Berufes, einer Gruppe, die man Arbeiter nennt. Damit unterscheiden sich die modernen Arbeitervereine auch wesentlich von den alten Gesellenverbänden. Der Geselle ist ein angeheurer Meister, der moderne Arbeiter ist ein dauernder Lohnarbeiter.

Danach ergibt sich der Unterschied für die gesamte Gestaltung. Die modernen Arbeitervereine sind Verbände von Berufsangehörigen innerhalb der Klasse der Lohnarbeiter. Der moderne Lohnarbeiter ist nur eine rechtsfreie Person, welche nicht die nötigen Mittel hat, um entweder als Rentier zu leben oder als selbstständiger Produzent oder auch nicht die nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt, um als Künstler oder Gelehrter zu leben, also eine Person, die nur ihrer Hände Arbeit verwerthen kann. Das aber ist nur möglich, wenn ihr von anderer Seite die sachlichen Bedingungen der Produktion herbeigeschafft werden, d. h. von der Kapitalistenklasse. Der moderne Lohnarbeiter muß seine Arbeitskraft verkaufen, damit er durch sie das Geld zum Lebensunterhalt gewinnt. Das ist in großen Zügen das Wesen des modernen Lohnarbeiters. Zu den Produktionsmitteln kommt nun der Arbeiter durch den Lohnvertrag.

Der moderne Lohnarbeiter ist nun, wie Medner fortfährt, der Träger der modernen Arbeiterbewegung. Den modernen Lohnarbeiter zu fördern, ihm zu nützen und zu helfen ist die Aufgabe der modernen Arbeiterbewegung, und zwar ihm zu helfen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise. Dadurch unterscheidet sich die gewerkschaftliche Bewegung von der sozialistischen Bewegung. Letztere will eine neue Produktionsweise herstellen, während die gewerkschaftliche Bewegung an der bisherigen Produktionsweise festhält. In welcher Weise äußert sich nun die „Hilfe“? Der moderne Gewerksverein will gleichsam den Arbeiter von der Wiege bis zur Bahre begleiten und ihm als treuer Freund zur Seite stehen. Es ergeben sich dadurch zwei Gruppen von Bestrebungen, die der moderne Gewerksverein hat, je nachdem er dem Arbeiter Hilfe bringen will in einem Zustande, in welchem er sich durch seine Arbeitskraft Hilfe nicht verschaffen kann und andererseits Hilfe bringen will, wenn er arbeitet, also Unterstützung des Arbeiters, welcher nicht arbeiten kann, und Unterstützung des arbeitenden Arbeiters. Das erste Bestreben geht dahin, den Arbeiter zu unterstützen, wenn er in Folge von Krankheit, Invalidität etc. nicht mehr arbeiten kann. Es ist dies die Versicherungs- oder Hilfskassen-Thätigkeit. Diejenigen Vereine, die sich dies zur Aufgabe machen, werden wohl auch Hilfskassen oder Unterstützungsvereine genannt. Diese ganze Seite der Gewerksvereinsbewegung will Medner aus seinen Betrachtungen ausschließen, weil es eigentlich nichts rein Arbeiterschaftes ist, was hier geschieht. Es gibt solche Unterstützungsvereine auch innerhalb anderer Berufsangehöriger. Dann aber will er sie auch deshalb von der Betrachtung ausschließen, weil diese Thätigkeit mehr und mehr in den Hintergrund tritt. Sie hat ursprünglich einmal im Vordergrund des Interesses gestanden: fangt doch die Gewerksvereine meist mit Unterstützungskassen an. In der modernen Zeit ist die Bedeutung dieser Bestrebungen zu Gunsten einer anderen aus dem einfachen Grunde verschoben, weil diese Unterstützungsarbeit der Staat übernommen hat. Die Versicherung im weitesten Umfange ist heutzutage eine Zwangsversicherung geworden, eine staatliche Einrichtung, hervorgegangen aus der Einsicht, daß auf Grund der freien Kassen diese Bestrebungen nur unvollkommen geleistet werden kann.

Der Medner wandte sich nun der zweiten Gruppe der Bestrebungen zu, die dahin gehen, dem Arbeiter zu helfen, wenn er Arbeit hat oder Arbeit nehmen will. Worum handelt es sich hier? Auf dem Wege des freien Lohnvertrages sucht sich der Arbeiter die Arbeit. Man hat daraus die Folgerung gezogen, daß die Arbeitskraft eine Waare sei, eine Waare, die freihändig auf dem Arbeitsmarkte verkauft werde. Diesen Gedanken des Waarencharakters der Arbeit haben nun die Gewerksvereine aufgenommen und danach zunächst einmal eine Reihe von Bestrebungen sich angeleget sein lassen. Wenn die Arbeit eine Waare ist, so muß das Streben dahin gerichtet sein, die Marktlage dieser Waare zu beeinflussen. Nun ist die Marktlage um so günstiger, je mehr Nachfrage und je weniger Angebot an Waare vorhanden ist. Der Arbeitsmarkt muß deshalb so wie der übrige Waarenmarkt reguliert werden. Daraus sind die Maßnahmen entstanden, die man zusammenfaßt 1. unter Arbeitsnachweisen, 2. Reiseunterstützung und 3. Arbeitslosenunterstützung. Alle drei Maßnahmen beruhen auf dem Gedanken, daß man den Arbeitsmarkt verbessern will. Der Arbeitsnachweis soll dazu dienen, daß fest-

gestellt wird, wo Arbeit vorhanden ist und wohin man Arbeitskraft dirigieren kann. Will man den Arbeitsnachweis zu einem nützlichen machen, so muß man dafür sorgen, daß die Waare „Arbeit“ auch dorthin transportiert werden kann, wo sie gebraucht wird. Deshalb ist Reiseunterstützung notwendig. Es können aber doch nun überschüssige Arbeiter übrig bleiben, die einen Druck auf den Arbeitsmarkt ausüben würden. Daraus folgt die dritte Maßnahme: die Arbeitslosen zu unterstützen, damit sie nicht durch Unterbietung den Arbeitsmarkt verschlechtern. Man ist nun aber tiefer gedrungen mit der Erkenntnis und hat gesagt: Die Arbeitskraft wird behandelt ungefähr wie eine Waare. Aber sie ist eine Waare von ganz besonderer Eigenart, und jedenfalls ist ihr Besitzer ein Waarenbesitzer von ganz besonderer Eigenart. Dieser Eigenart nachzugehen, sollte das weitere Nachdenken gelten. Man hat gefunden, daß es nicht ganz richtig war, die Arbeitskraft als Waare zu bezeichnen. Dem Inhaber oder Produzenten einer Waare ist es ganz gleich, was mit der von ihm verkauften Waare geschieht. Dem Inhaber der Waare „Arbeitskraft“ ist es aber durchaus nicht gleichgültig, was mit seiner Waare wird, denn er befindet sich in der eigentümlichen Lage, daß er mit seiner Waare fortwährend herumwandert. Was also mit seiner Waare geschieht, geschieht auch mit ihm. Wenn sie in einem ungesunden Staute verbraucht wird, so ist ihm dies nicht gleichgültig. Der Inhaber der Waare „Arbeitskraft“ erleidet alle die Schicksale, die die Waare selber erleidet. Auch wenn man den waarenähnlichen Charakter der Arbeitskraft zugeben will, so muß man doch festhalten, daß in der Regel der Besitzer der Waare „Arbeitskraft“ sich dem Käufer gegenüber in einer ungünstigeren Lage befindet, als die Verkäufer aller übrigen Waaren. Der Arbeiter ist ein Waarenbesitzer, der nicht, wie der spekulative Kaufmann, seine Waare aufspeichern kann, sondern sie in der Regel zu jedem Preise loszuschlagen muß. Wenn er sie nicht loszuschlägt, hat er einfach die Mittel nicht mehr zu seiner Unterhaltung. Diese Einsicht in die Eigenart der Waare „Arbeitskraft“ hat zu den weiteren Bestrebungen der Gewerksvereine geführt. Diese laufen darauf hinaus, dem Arbeiter die Möglichkeit zu gewähren, seine Waare einmal nicht zu verkaufen, sondern sich abwartend zu verhalten. Dazu gibt es im Wesentlichen nur ein einziges Mittel. Dasselbe besteht darin, daß der einzelne Arbeiter nicht mehr als solcher den Lohnvertrag mit dem Unternehmer abschließt, sondern die Gesamtheit der Arbeiter einer Fabrik, oder Stadt, oder Provinz und erklärt, daß sie diese oder jene Bedingungen erfüllt sehen will, wenn sie weiter arbeiten solle. Es gehört also ein Zusammengehen der Arbeiter dazu. Nur wenn die Arbeiterschaft als Ganzes erklärt, sich nicht mehr zu diesen oder jenen Bedingungen herzugeben, dann erst wird es möglich, in die Verhandlungen über die Bedingungen des Arbeitsverhältnisses einzutreten. Der Gesamtarbeitsvertrag aber ist nur möglich, wenn auch die Geldmittel vorhanden sind, die Arbeiter eine Zeit lang ohne Arbeit erhalten zu können. Diese Erwägungen führen zu den einflussreichen in Deutschland bestehenden Hauptbestrebungen der Arbeiter: Zu den gemeinschaftlichen Forderungen und zur Ansammlung von Mitteln, die gemeinschaftlichen Forderungen durchdrücken zu können. Daraus folgt unter der Bedingung, daß der Unternehmer erklärt, er bewillige diese Forderung nicht, der Streik. Der Streik ist die notwendige Konsequenz unserer ganzen modernen Wirtschaftsordnung. Es ist das keine von böswilligen Personen ausgehende Einrichtung, sondern eine natürliche Folge der modernen Zeit. Streiks gibt es auch ohne Gewerksvereine, ja es gibt ohne Gewerksvereine sogar mehr Streiks. In Italien gibt es sehr wenige Gewerksvereine, aber außerordentlich viel Streiks. Der Gewerksverein als solcher hat nicht nur kein Interesse am Streik, er hat sogar das gegenteilige Interesse. Je voller die Kassen des Gewerksvereins sind, um so mehr wird er sich vor Streiks hüten. Arbeiter aber, die nichts zu verlieren haben, sind viel leichter geneigt, in einen unbesonnenen Streik einzutreten. Man kann sagen, die Streiks werden länger durch die Gewerksvereine, weil durch sie thätlich nur solche Streiks eingeleitet werden, bei denen einige Aussicht besteht, daß sie mit Glück durchgeführt werden können. Ist eine Organisation geschaffen, so wird auch schon dafür Sorge getragen sein, daß die kühnsten und einsichtsvollsten Köpfe den Einfluß bekommen, wodurch eher eine Verminderung als eine Beförderung der Streiks erfolge. Der Streik ist ein notwendiges Kampfmittel. Aber er wird nicht erstrebt als Ziel, sondern als Mittel zum Ziel. Wie sehr es gegen die Interessen des Gewerksvereins ist, die Streiks zu fördern, geht auch daraus hervor, daß

Die Gewerkschaften noch andere Zwecke haben. Diese höheren Bestrebungen sind nun die, thümlichst überhaupt Differenzen zwischen Arbeitern und Fabrikherren zu vermeiden und zwar dadurch, daß für die ganze Arbeiterklasse ein für alle Male durch den Gewerksverein festgestellt wird, unter welchen Bedingungen die Arbeit geleistet werden soll. Diesem Ziele streben alle Gewerksvereine zu. Es sind die Tarifgemeinschaften, die den Lohnsatz verabreden, unter welchem ein Angehöriger dieses Gewerbes Arbeit bei keinem Arbeitgeber übernehmen soll. Hier soll der freie Arbeitsvertrag zum Theil der Willkür des einzelnen Arbeiters entzogen sein. Dazu kommen die Festsetzungen der Maximalarbeitszeit sowie bestimmte hygienische Vorschriften. Es wird also nicht nur der Kampf organisiert, sondern auch der Friede, indem man die Arbeitsbedingungen der Willkür der einzelnen Gruppen entzieht und für das ganze Gewerbe einheitlich regelt. Um dies zu können, muß eine ganze Reihe von Voraussetzungen erfüllt sein. Dieselben sind vor Allem ein außerordentlich günstiger Unterhandlungsapparat, um zu ermöglichen, daß diese Festsetzungen stattfinden, wie Einigungsämter. Alle diese Bestrebungen der modernen Arbeiter haben als Ideal einen Zustand zur Voraussetzung, in welchem thätlich die gesamte Arbeiterklasse eines Gewerbes dieser Organisation angehört. Wäre dies der Fall, so würde man, wie in England, die Zwecke und Ziele der Arbeitergemeinschaft durch Disziplinarstrafen durchsetzen können. Anders aber, wenn nicht alle Mitglieder desselben Gewerbes dem Gewerksvereine angehören. Was dann? Es sind zwei Möglichkeiten vorhanden. Entweder der Staat stellt seine Zwangsmittel in den Dienst der Arbeiterorganisation, um diejenigen, die draußen bleiben, zum Eintritt zu zwingen, oder zu Bedingungen zu arbeiten, unter denen die organisierten Arbeiter arbeiten. Sie lächeln? Gegenüber der Justizverfassung ist der Staat so verfahren. Die moderne Staatsgewalt stellt ihre Zwangsmittel der modernen Arbeiterbewegung nicht zur Verfügung. Es bleibt nur ein zweites Mittel. Das ist die korporative Selbsthilfe. Diese folgt gleichfalls aus dem Wesen der Organisation als solcher. Es entspricht dem Wesen der Organisation, daß sie denjenigen, der ihre Zwecke durchkreuzt, mit ihren eigenthümlichen Mitteln indirekt zu zwingen sucht, sein Verhalten zu ändern. Es ist dies die Berufsverpflichtung, deren sich ja auch die Offiziere und studentischen Verbindungen bedienen.

Das wäre das, wie Redner schloß, was er über Wesen und Ziele der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu sagen habe. In der nächsten Stunde wird der Redner die englischen Gewerksvereine (Trade Unions) behandeln, in der folgenden die deutsche gewerkschaftliche Bewegung vorführen und in der vierten Stunde eine Würdigung der gewerkschaftlichen Bewegung folgen lassen. Der Redner erntete am Schluß stürmischen Beifall.

**Mittheilungen aus der Metall-Industrie.**

**Partelle in der deutschen Eisenindustrie.** Wir fügen unserer Karteiliste ein neues, das 58. hinzu, nämlich den Verband deutscher Stahlflaschenfabriken.

**Deutschlands Roheisenproduktion** betrug in den ersten 9 Monaten des laufenden Jahres 6,023,577 gegen 5,450,595 Tonnen à 20 Zentner in der gleichen Zeit des Vorjahres, um 577,982 oder 10,5 Proz. mehr.

**Firma 1800 wohlgeschulte Arbeiter,** so lesen wir in verschiedenen bürgerlichen Blättern, bilden den Stamm der Pfälzischen Nähmaschinen- und Fahrrad-Fabrik vorm. Kayser in Kaiserslautern, so daß diese in der Lage ist, „ein in jeder Hinsicht erstklassiges Fabrikat zu produzieren.“ Ob wohl dementsprechend auch die Arbeitsverhältnisse gestaltet sind?

**Die württembergische Metallindustrie** zählte 1895 7446 Betriebe und 31,415 Arbeiter. 185 Betriebe mit 21 bis 200 Personen beschäftigten deren insgesammt 10,593 und 9 mit über 200 Personen deren 4472. Die Maschinenindustrie zählte 5189 Betriebe mit 29,355 Arbeitern. 155 Betriebe mit 21 bis 200 Personen beschäftigten deren 9260 und 22 mit über 200 Personen deren 10,321. Zusammen gab es demnach vor 4 Jahren in Württemberg in der Metall- und Maschinenindustrie 12,635 Betriebe mit 60,800 Arbeitern. Da gibt es noch viele fernstehende Kollegen und Kolleginnen für den Deutschen Metallarbeiter-Verband als Mitglieder zu gewinnen.

**Die elektrische Erleuchtung in der Pfalz** wird im September d. Jrs. wurde in Pforzheim der 1000. Motor an das städtische Elektrizitätswerk angeschlossen, wovon allein 318 auf die Spinnereindustrie entfallen.

**Schweizer Eisen** wurde in den fünf Monaten Juni-Oktober in einer Menge von 20,000 Tonnen nach Deutschland exportiert und zwar durch die Vermittlung der Berliner ober-schlesischen Walzwerke, die eine Verkaufsstelle in Berlin haben. Für 1900 sind bereits neue Lieferungsverträge mit erhöhten Preisen abgeschlossen.

**Eine freiwillige Lohnerhöhung** kommt in Deutschland so selten vor, daß sie besondere Erwähnung verdient. Nach einer Berliner Meldung der „Frankf. Zig.“ hat sich

dieses seltene Ereigniß in Schlesien zugetragen, wo die Ver. Königs- und Laurahütte ihren Hochofen-Arbeitern freiwillig eine Lohnerhöhung gewährte. Diese „freiwillige Lohnerhöhung“ scheint uns indes nicht ganz freiwillig gewesen zu sein, die auch die schlesischen Arbeiter, insbesondere die Bergarbeiter, immer mehr nach besseren Arbeitsverhältnissen streben und letztere erst in jüngster Zeit Lohnerhöhungen von 25 Proz. forderten. Die freiwillige Lohnerhöhung der Laurahütte war deshalb kein Akt besonderer Gerechtigkeitsliebe und Arbeiterfreundlichkeit, sondern nur ein Akt der Klugheit, um den Arbeiterforderungen zuvorzukommen.

**Eine Preiserhöhung von 14 auf 17 Mk.,** also auf einmal um 3 Mk. hat das westfälische Kohls-Syndikat beschlossen und zwar für Hochofen-Kohls. Diese Erhöhung beträgt 21 1/2 Prozent, um wie viel Prozent hat wohl die Laurahütte freiwillig die Löhne ihrer Arbeiter erhöht?

**Lohnerhöhungen in England.** In der Eisenindustrie in Südwales und Schottland traten mit dem 2. Oktober auf Grund der gleitenden Lohnskala weitere Lohnerhöhungen von 2 1/2 Proz. in Kraft. Für Schottland entspricht dies seit Gründung des „Conciliatio Board“ einer Lohnzulage von 17 1/2 Proz. In Südwales haben an der Erhöhung auch die Kohlen-Bergarbeiter mit 3 1/2 Proz. Antheil.

**In der südafrikanischen Transvaalrepublik** waren im Jahre 1898 100,093 Arbeiter in der Bergbauindustrie beschäftigt gegen 75,780 in 1897. Davon waren 11,092 (10,002) Weiße und 89,006 (75,778) Farbige. In Betrieb waren 137 (198) Goldminen und 17 (20) Kohlengruben.

**Der Erfinder der Schmaleschine ist gestorben.** Othmar Mergenthaler, ein gebürtiger Württemberger, war nach den einen ursprünglich Uhrmacher, nach anderen Mittheilungen Buchbinder. Er selbst trat in Amerika als Ingenieur auf und hat sich nie über seinen Beruf geäußert. Schon frühzeitig betätigte er entschiedenes Talent als Maschinenkonstrukteur, und woran theoretisch geübte Ingenieure vergeblich ihre Mühe wendeten, das gelang ihm ohne alle mühevollen systematischen Studien. Ueber seine bedeutendste Leistung, die Erfindung von Schmaleschinen, wird eine Erfindungsgeschichte erzählt, wonach nicht Mergenthaler, sondern ein Schriftsetzer, den er bei der Pariser Weltausstellung 1867 kennen lernte, auf die Idee gekommen sei, eine solche Maschine zu konstruieren. Der Setzer sei dann gestorben, und Mergenthaler habe sich dann dieser Idee bemächtigt. Verbürgt ist diese Erfindungsgeschichte keineswegs. Sie dürfte eine der vielen Fabeln sein, die man ja über alle Erfinder und Erfindungen verbreitet. Mergenthaler erreichte ein Alter von 50 Jahren.

**Verkaufs- und Lieferbedingungen der vereinigten deutschen Eisengießereien.** Um unseren Kollegen zu zeigen, wie wohl organisiert bis ins Kleinste die Unternehmerverbände sind, bringen wir die Abmachungen der Eisengießereien gegenüber ihren Abnehmern zum Abdruck:

1. **Verandt.** 1. Der Verandt sämtlicher Waaren geschieht auf alleinige Rechnung und Gefahr des Bestellers. Bei Handlung wird für Bruch, der auf dem Beförderungswege entsteht, Ertrag zur Hälfte des berechneten Preises nur dann gewährt, wenn die beschädigten Theile unter hohem amtlicher Bescheinigung auf dem Dienstwege frachtfrei zurückgeschickt werden. Für in Verlust gerathene Stücke wird kein Ertrag geleistet. 2. Erforderliche Verpackung geschieht auf Kosten des Bestellers; Kisten, Körbe u. s. w. werden, wenn frachtfrei in gutem Zustand mit Packmaterial zurückgenommen, zu Zweidrittel des berechneten Preises gutgeschrieben. 3. Zur Einhaltung bestimmter Lieferfristen liegt nur dann eine Verpflichtung vor, wenn dieselbe bei Annahme der Bestellung ausdrücklich anerkannt worden ist. 4. Betriebsstörungen in der Fabrik, Arbeitsverhältnisse, Rohmaterial- und Wagonmangel, Mobilmachung, Krieg bezw. höhere Gewalt entbinden die Lieferanten von der pünktlichen Einhaltung der Lieferfrist, ohne den Geschäftsabluß aufzuheben. 5. Kann die Lieferzeit aus anderen als den vorgenannten Gründen nicht eingehalten werden, so erwacht daraus den Besteller kein Anspruch auf entgangenen Gewinn. 6. Als Liefertermin gilt der Tag, an welchem die Beladung erfolgt. 7. Beanstandungen der Rechnungen oder der Waaren haben nur dann Berücksichtigung, wenn solche schnellmöglichst, bei Handlung innerhalb 14 Tagen, erhoben werden.

2. **Zahlungsbedingungen.** 8. Die Zahlungen sind am Sitz des Lieferenden Bar zu bewirken, und zwar portofrei und kostenfrei. Ziel 3 Monate oder bei Barzahlung innerhalb 4 Wochen 1 1/2 Proz. Skonto — vom Nettobetrag abzüglich Frachtkosten. — Bei jeder späteren Zahlung ist ein Vorauszahlung durchaus ausgeschlossen. 9. Für Wechsel auf Nebenplätze wird keinerlei Verbindlichkeit übernommen; die Zinsposten werden berechnet. 10. Bei späterer als dreimonatlicher Zahlung kommen Verzugszinsen in Anrechnung.

3. **Allgemeines.** 11. Modelle, die im Auftrage und auf Kosten eines Bestellers angefertigt und für die Aufstellungskosten berechnet worden sind, verbleiben, falls nicht Anderes ausdrücklich vereinbart worden ist, im Besitze des Werkes. 12. Die in den Musterbüchern angegebenen Maße und Gewichte sind nur annähernde; eine Gewähr für dieselben wird nicht übernommen. 13. Alle Aufträge, die auf Grund der Preisverzeichnisse bezw. einer abgegebenen Offerte erfolgen, gelten als auf Grund der vorliegenden Bedingungen gegeben und verpflichten den Besteller zur Einhaltung derselben.

**Wieviel Lokomotiven gibt es?** Von der kolossalen Ausdehnung des Eisenbahnverkehrs kann man sich einen Begriff machen, wenn man die folgenden Ziffern über die im Betriebe befindlichen Lokomotiven betrachtet. Es sind auf der ganzen Erde gegenwärtig gegen 110,000 Lokomotiven im Dienst. Davon kommen auf Europa 64,000, Amerika 40,000, Asien 3300, Australien 2000 und Afrika 700. In Europa selbst besitzt Großbritannien die größte Anzahl von Lokomotiven, nämlich 17,000. Dann folgt Deutschland mit 15,000, Frankreich mit 11,000, Oesterreich-Ungarn mit 5000, Italien mit 4000, England mit 3500, Belgien mit 2000, Spanien mit 2000, die Niederlande mit der gleichen Anzahl und dann die Schweiz mit 200 Lokomotiven.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

In Gemäßheit des § 3 des Verbandsstatuts hat der Vorstand der Verwaltungsstelle Nürnberg, Sekt. der Flaschner, die Genehmigung zur Erhebung von Extrabeiträgen für eine örtliche Kasse zur Beihilfe bei Sterbefällen mit der Maßgabe erteilt, daß der für diesen Zweck zu erhebende Extrabeitrag 3 S pro Woche beträgt.

Bezüglich der in diesem Jahre zu Ende gehenden Mitgliedsbücher ersuchen wir die Verwaltungen und Bevollmächtigten, uns bei Zeiten die Hauptnummern dieser Bücher, die genauen Personalien (Beruf, Vor- und Nachname, Ort, Tag und Jahr der Geburt) und den Tag und Ort des Eintritts der Inhaber mitzutheilen, damit wir ihnen rechtzeitig, auf alle Fälle noch vor Schluß dieses Jahres die Ersatz- (zweiten) Bücher zusenden können. Die Ausfertigung der zweiten Bücher ist Sache der Ortsverwaltungen und bei derselben darauf zu achten, daß alle in alten Büchern enthaltenen Eintragungen auch in das neue übertragen werden.

Der Schlosser Josef Goltap, geb. zu ? in Steiermark am 17. November 1870, B. Nr. 292 617, ist mit ca. 70 Mk. beim Erlöse für Protokolle, Listengelder und Arbeiterfournierfestarten von München heimlich verschwunden und wird daher an dieser Stelle auf ihn aufmerksam gemacht, um ihn im Betretungsfalle zur Rückzahlung zu veranlassen oder ihn dingfest machen zu lassen.

Der ? Georg Müller, geb. zu Freudenstadt am 16. September 1876, B. Nr. 234 418, ist, ohne mit den übernommenen Quittungsmarken im Werthe von ca. 10 Mk abzurechnen von Duisburg abgereist und wird hierdurch aufgefordert, die Abrechnung schnelligst vorzunehmen.

Seitens des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes wird vor einem Schlosser Karl Inger, der dort mit 120 Fr. Gewerkschaftsgeldern durchgebracht ist und sich sehr wahrscheinlich nach Deutschland gewandt hat, gewarnt.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an  
Eduard Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160 II,  
zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand.

**Korrespondenzen.**

**Formen.**

**Cöthen.** Die Werkzeug- und Maschinenfabrik Akt.-Ges., vorm. Aug. Paschen in Cöthen, maßregelte einen Former, indem sie ihn am 14. November entließ. Am 15. November wurden die übrigen Formen ohne Angabe eines Grundes ausgespart. Um diese Maßnahme zu verstehen, muß auf ein ganzes Jahr zurückgegriffen werden. Bekanntlich streikten im vorigen Jahre die Formen obiger Firma. Es handelte sich um Verhütung von Arbeitszeitverlängerung und um Bekämpfung außerordentlich niedriger Löhne. Ferner um schlechte Behandlung durch den damaligen Mitbestitzer der Fabrik, Bezahlung des Ausschusses, bei dem den betreffenden Formen kein Versehen trifft und noch verschiedene andere Uebelstände. Nach ungefähr dreiwöchigem Kampfe bewilligte Herr Paschen sämtliche Forderungen der Ausständigen, ja noch mehr, und zwar auf Ehrenwort. Sehen wir zu, wie Herr Max Paschen sein Ehrenwort hält. „Bezahlung des Ausschusses“, „Maßregelungen anläßlich des Streiks“ dürfen nicht vorgenommen werden“; diese zwei Punkte verpflichtete sich Herr Max Paschen unter mehrmaliger Berufung auf sein Ehrenwort ganz strikte einzuführen. Leider hat Herr Max Paschen sein so feierlich gegebenes Ehrenwort gebrochen. Dieses Verhalten wird durch Nachfolgendes schlagend dokumentiert. Am Montag, den 13. November wurde gegossen. Nach Beendigung des Gießens entstand am elektrischen Krahn ein Defekt. Dadurch wurden mehrere Formen am anderen Tage am Ausleeren verhindert; in Folge dessen kamen mehrere Formen eine, auch zwei Stunden später zur Arbeit. Als der Former P. um 7 Uhr Morgens das Thor passierte, wurde ihm vom Portier die Mittheilung, daß er (P.) entlassen sei, es wurde ihm das Bezetzen der Fabrik sowie der Gießerei strengstens untersagt. P. forderte aber seine Papiere, sein Geld und sein Werkzeug. Jeder glaubte nun, P. sei entlassen worden wegen Zuspätkommens zur Arbeit. Herr Direktor Max Paschen aber beehrte uns eines Besseren. Als er um 8 Uhr zur Fabrik kam, wurde er von P. sowohl als auch von dessen Kollegen um den Entlassungsgrund gefragt. Herr Max Paschen äußerte sich folgendermaßen: „Wegen Zuspätkommens ist P. nicht entlassen, deswegen entlasse ich keinen Former, noch dazu, wenn am vorhergehenden Tage gegossen wurde. Ich habe P. entlassen aus Gründen, die Ihr nicht wißt. Mir sind im vorigen Jahre (beim Streik) die Daumenschrauben so straff angezogen worden, daß ich mir das dieses Jahr nicht wieder gefallen lasse. P. muß eben raus.“ Da nun die meisten Former am Vormittag nicht arbeiten konnten, hatten sie den technischen Leiter, Herrn Unterloß, um die Erlaubniß, nach Hause gehen zu dürfen. Dies wurde gewährt mit dem Hinweis, daß, wer um halb 2 Uhr nicht zur Arbeit käme, entlassen sei. Pünktlich waren alle da, mit der Absicht zu arbeiten und um mit Herrn Paschen wegen Wiedereinsetzung des gemäßregelten A.-Legen P. zu verhandeln. Herr Paschen aber ließ sich nicht sehen. Die Former erhielten nun von Herrn Unterloß und dem Meister Hennig die Erlaubniß, in's Komptoir in die Heinrichstraße zu gehen, um dort mit Herrn Paschen zu sprechen. Nach vergeblichem Warten von ca. einer halben Stunde kam Herr Paschen in Begleitung zweier Herren heraus, ging an

den seiner harrenden Kollegen, ohne mit diesen zu sprechen, vorüber und zum Thore hinaus. Als am 15. November Früh 6 Uhr die in dieser Weise behandelten Kollegen zur Arbeit kamen, wurde ihnen vom Portier unter Ausständigung ihres Werkzeuges gesagt, daß sie allesamt entlassen seien, keiner dürfe weder Fabrik noch Gießerei wieder betreten. Sie waren „ausgesperrt“. Ein anderer Fall, der sich vor etwa einer Woche zutrug, und der auf das „festeste Ehrenwort“ des Herrn Paschen ein eigentümliches Licht wirft, ist der, daß einem Kollegen für Unschick, an dem ihn kein Verschulden trifft, 7,50 abgezogen wurden. Der gegen die getroffenen Vereinbarungen gemachte Abzug wurde zwar nachträglich wieder ausgezahlt, aber mit dem Bemerkten, es sei ein Geschenk des Herrn Paschen, zum Zurückzahlen sei er nicht verpflichtet. Das Verhalten des Herrn Paschen erklärt sich einerseits durch seine außerordentliche Nervosität und andererseits dadurch, daß es ihm nicht gelingen wollte, die alten, am vorjährigen Streik beteiligten Formen heraus- und an ihrer Stelle neue hineinzubringen. Wer hier kontraktbrüchig ist, mag sich Herr Paschen selbst beantworten. So hält ein Mann sein vor vier Jahren abgegebenes „Ehrenwort“! Ein Mann, der vor drei Jahrzehnten selbst noch in den düstern Verhältnissen lebte. Herr Paschen aber wird erleben, daß dieses „Herr im Hause sein“ an der Solidarität der Ausgesperrten zu Schanden wird. Ein schönes Beispiel von Solidarität gaben ja schon die zwei Kollegen, die Herr Paschen zur Wiederaufnahme der Arbeit überreden wollte, sie lehnten das Ansuchen kurzer Hand ab. Ueber die Mißstände in der Fabrik des Herrn Paschen in einer der nächsten Nummern. Bezug ist fernzuhalten.

**Darmstadt.** Ueber die Firma Gerlach & Co. wurde die Sperre verhängt und ist Bezug von Formern fernzuhalten. Bericht folgt.

**Klempner.**

**Karlsruhe.** Die hiesigen Kollegen beklagen sich, daß die Zinkornamentenfabrik Straßburg-Neudorf beständig Arbeiter sucht, diejenigen aber, die die Reise unternehmen, nicht einstellt. Wir warnen die Kollegen vor dieser Firma.

**Köln.** Die hiesigen Klempnergehilfen haben in einer Versammlung, in der der Bevollmächtigte des D. M. V., Collinger, den Nutzen und Zweck der Organisation klarlegte, einstimmig beschlossen, als Sektion der Klempner dem D. M. V. beizutreten.

**Stuttgart.** Am Samstag, den 4. November hielten die Glaschner und Installateure im „Württembergischer Hof“ eine überaus zahlreich besuchte öffentliche Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: „Rückblick auf unseren Streik und was lehrt uns derselbe?“ Kollege Reichel, der das Referat übernommen hatte, gab zunächst einen Ueberblick über die vor dem Streik herrschenden Zustände im Glaschnergewerbe und führte dann ungefähr Folgendes aus: Letztes Frühjahr, als die Glaschernermeister mit einem um 10 Proz. erhöhten Tarif an ihre Kundenschaft herantraten, hielten es die Gehilfen für notwendig, endlich auch mit ihren berechtigten Forderungen (Erhöhung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit u. s. w.) an die Meister heranzutreten. Man hoffte, die Angelegenheit auf gutlichem Wege regeln zu können, was aber an dem Widerstand der Meister scheiterte. Die Meister verpflichteten sich durch Unterschrift eines Wechsels, die Forderungen der Gehilfen nicht zu bewilligen. Hierauf wurde in den Streik eingetreten, der 12 resp. 13 Wochen dauerte. Die Kampfweise der Herren Meister (Schwarze Listen u. s. f.) wurde schon früher in der „Schw. Tagwacht“ und in den Mitgliederversammlungen eingehend behandelt. Die Herren scheuten sich nicht, sogar Familienangelegenheiten eines Kommunionmittels als Mittel zu benutzen, um die streikenden Glaschner in Mißkredit zu bringen, was ihnen aber selbstverständlich nicht gelang. Der Streik endigte zwar nicht mit einem Sieg der Gehilfen, aber auch nicht mit einer Niederlage; die Lohnverhältnisse haben sich durchschnittlich gebessert. Die Hauptforderung: Verkürzung der Arbeitszeit, mußten wir allerdings fallen lassen, was wir den Landeameistern und den „Arbeitswilligen“ zu verdanken haben. Aufgehoben ist aber nicht aufgehoben, wir werden eine günstigere Zeit abwarten, und wird es bis dahin unsere Aufgabe sein, uns zu organisieren. Am Schluß seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen verlas der Referent das Gedicht, das in der Generalversammlung der Glaschernermeister nach Schluß des Streiks von Herrn Lorenz vortragen wurde, das in der Versammlung große Beifall hervorrief. — In der darauf folgenden lebhaften Diskussion wurde das Verhalten verschiedener Glaschernermeister, die schon vor vier oder fünf Wochen eine verkürzte Arbeitszeit ihren Gehilfen aufdrängen wollten (natürlich nicht bei demselben Lohn), gegen die sie sich kurz vorher noch mit allen möglichen Ausflüchten sträubten, eingehend kritisiert. Man wird sich's merken. Die auf dem Rathhaus durch Unterschrift beider Parteien ausgearbeitete beschlossene Wertstatordnung harret heute noch ihrer Vollendung. Daraus ist zu ersehen, wie hoch die Unternehmer ihr durch Unterschrift gegebenes Namenswort, trotz Anfrage von Seiten des Stadtschultheißenamtes und der Gehilfenkommission, einschätzen. Kollege Reichel und Gewerkschaftssekretär Ludwig forderten die Kollegen auf, für den Verband zu agitieren und diejenigen, die der Organisation noch fernstehen, sich derselben anzuschließen, was auch eine stattliche Anzahl befolgte.

**Metall-Arbeiter.**

**Chemnitz.** Am 18. und 19. November fanden in den Vororten drei Versammlungen statt, in denen Genosse Rudolph aus Nürnberg referierte. Die erste Versammlung tagte im Saale der Feldschlösschen-Brauerei in Kappel, wo der Referent über den Werth der verkürzten Arbeitszeit sprach. Rothwendig sei eine kürzere geregelte Arbeitszeit für den Arbeiter schon im Interesse seiner Gesundheit und der Kindererziehung. Bei kürzerer Arbeitszeit habe der Arbeiter Zeit sich zu bilden, und einen gebildeten Menschen behandle man auch besser als einen ungebildeten. Zum Schluß forderte der Referent auf, der Organisation beizutreten und mit aller Kraft dahin zu wirken, daß die Forderung auf Einführung des 8 stündigen Arbeitstages baldigst verwirklicht werden könne. In der 2. Versammlung, die in der Wartburg zu Silberdorf am 19. November, Vormittags stattfand, referierte Genosse Rudolph über das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter; er führte den Anwesenden die Entwicklung der Organisationen der deutschen Arbeiter seit der

Aufhebung des Koalitionsverbotes und Schaffung des § 152 der Gewerbeordnung vor Augen, er zeigte, wie stets die Unternehmer dahin gewirkt haben, die Gewerkschaften in Mißkredit zu bringen und deren Existenz zu vernichten. Er verwies auf die Thätigkeit der Herren Viel, Jenke, Beumer und Schwesinger, die in der Beschimpfung der Arbeiter schon erkleckliches geleistet hätten. Er wies nach, wie die Regierungen immer bei der Hand waren dem Unternehmertum Handlangerdienste zu leisten. Aus diesen Verhältnissen heraus sei auch die Buchhändlervorlage entstanden nebst der Begründungsschrift, womit die Regierung sich eine große Niederlage geholt habe, da die Zusammenstellungen nicht richtig seien. Wenn heute das Unternehmertum schreie, es müsse die nationale Arbeit geschützt werden, so berühre es komisch, daß man aus außerdeutschen, halb kuitbirten Gegenden billige Arbeitskräfte anwerbe, wenn es dem inländischen Arbeiter nicht mehr möglich sei mit den gezahlten Löhnen auszukommen. In den Reihen der Unternehmer schreit man nach Schutz der nationalen Arbeit und meint den Schutz des internationalen Geldpades. Die 3. Versammlung tagte in Uhlmanns Restaurant Gabelenz, wo der Arbeiterchutz und die Reichsgewerbeordnung auf der Tagesordnung stand. Der Referent erklärte, daß sich die Arbeiter viel zu wenig mit der Frage des Arbeiterchutzes befassen und daher größtentheils nicht in der Lage seien, dieses wichtige Recht, was ihnen nach der S.-D. zusteht, zu ihren Gunsten auszuüben zu können. Die Arbeiterausschüsse in den Fabriken seien vollständig machtlos, wenn die gesamte Arbeiterschaft eines Betriebes nicht selbst für Wahrung ihrer Interessen einträte. Es seien die Arbeiterausschüsse nur als Dekorationsstücke eines Betriebes zu betrachten, manchmal stellen sie sogar eine dem Unternehmer sehr billige Fabrikpolizei dar. Zur Gewerbe-Inspektion übergehend führte Redner aus, daß häufig Personen zu Inspektoren ernannt würden, die natürlich von Arbeiterchutz oft nicht mehr verstanden, wie ein Kanack vom Klavierpiel. Es müßte deshalb, sollte eine wirksame Aufsicht der Betriebe geschaffen werden, mindestens die Hälfte der Aufsichtsbeteiligten aus den Reihen der Arbeiter, von diesen selbst gewählt werden. Soweit man nötzte, waren alle Versammlungsbesucher mit den Ausführungen des Referenten sehr zufrieden, und merkte man, daß er in allen Versammlungen den Anwesenden so recht aus dem Herzen sprach. Es ist Sache der Versammlungsbesucher den Worten des Referenten zu folgen und stets neue Mitglieder für den Metallarbeiter-Verband zu werben, in Zukunft die Versammlungen mehr zu besuchen und die Metallarbeiter-Zeitung nicht nur als Einwickelpapier zu benutzen, sondern dieselbe auch lesen, damit wir auch in Chemnitz einmal eine der Zahl der Beschäftigten würdige Organisation der Metallarbeiter bekommen: daß nicht, wie es jetzt ist, höchstens 10 von 100 organisiert, sondern wie die dänischen Kollegen 80—85 von 100. Dazu werden auch wir in der Lage sein, bestehende Mißstände in den Betrieben beseitigen zu können ohne befürchten zu müssen, auf dem Arbeitsnachweis keinen Schaden zu erhalten oder sich dort von dem Herrn Adler „Liebenswürdigkeiten“ sagen lassen zu müssen.

**Darmstadt.** In einer am 4. November in der Gramerschen Bierhalle stattgefundenen öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung referierte Kollege Martens-Offenbach über die Mißstände und Schäden der hiesigen Metallindustrie. Der Referent erledigte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise und betonte besonders, daß auch die Arbeiter das Recht hätten an den fetten Jahren theilzunehmen. Im Sinne des Referenten sprachen sich gleichfalls die an der Diskussion theilnehmenden Kollegen aus. Eine Resolution, die verpicht für das Wohl und die Besserung der Lage der Darmstädter Metallarbeiter mit Hilfe der Organisation einzutreten, fand Annahme.

**Hamburg-Harstedt.** Ueber „Berufsstatistik“ hielt Kollege Junge am 15. November einen lehrreichen Vortrag, der von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen wurde. — Kollege Fiedler beschwerte sich über die Aeußerungen des Gastwirths Ellerbrock, Hamburgerstraße 134, er (Fiedler) habe die Versammlungen im Jahre 1898 abgetrieben. Der damalige Vorsitzende erklärt, daß der Antrag, die Versammlungen nicht mehr bei Ellerbrock abzuhalten, nicht von Fiedler, sondern von der Ortsverwaltung gestellt war, der Fiedler aber nicht angehörte. Die Aeußerungen des Herrn Ellerbrock seien mithin unwahr.

**Hamburg.** Mitgliederversammlung der Allgemeinen Verwaltungsstelle am 8. November bei Schwaff. Ueber die „Aufnahme einer Berufsstatistik“ referierte Kollege Birner. Derselbe legte in ausgezeichneter Weise den Anwesenden den Werth und Nutzen einer Berufsstatistik dar. Er bemerkte, daß die Arbeiter sich selbst über ihre Lage täuschen und zwar dadurch, daß dieselben ihr Einkommen durch Ueberstunden, Nacht- und Akkordarbeit zu erhöhen suchen, was meistens bei den Arbeitern auf den Werften der Fall ist. In Weiterem wies Referent auf den Lohnlistenwandel während des Fabrikarbeiterstreiks hin und suchte dadurch die Rothwendigkeit der Aufnahme einer Berufsstatistik unter den Metallarbeitern zu beweisen. Auch diese hätten damit zu rechnen, daß bei einem eventuellen Streik das Unternehmertum genau wie beim Fabrikarbeiterstreik mit derartigen Lohnlisten operieren würde. Durch das Ergebnis der Statistik sind wir aber jeder Zeit in der Lage, der Deffentlichkeit unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse vor Augen zu führen. Der Redner erläuterte sämtliche Fragen, die auf dem Bogen angegeben sind, in recht ausführlicher und gemeinverständlich Weise mit der Aufforderung, alle Kräfte einzusetzen, um etwas Brauchbares und Gutes zu schaffen. Der ganze Fragebogen wurde mit seinen 18 Fragen ohne wesentliche Aenderung angenommen. Ferner wurde beschlossen, die Aufnahme der Statistik auf Altona und Wandsbeck auszudehnen, um dadurch eine Uebersicht aus dem ganzen Städtekomplex zu erhalten. Hierauf verlas der Vorsitzende ein Schreiben der streikenden Lederarbeiter in Wülter, worin dieselben um Unterstützung erzuhten. Beschlossen wurde, 100 Mk aus der Vorkasse den Lederarbeitern zu übermitteln. Der Betrag soll wieder durch Ausgabe von Sammelzettel gedeckt werden.

**Böln-Ginderthal.** Die am 18. November im Lokale von Jos. Münch in Sülz abgehaltene Mitgliederversammlung war gut besucht. Es wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Sülzer Werkstellen erörtert und da sieht es traurig aus. Anstatt sich die Kollegen ernannten, Bangigkeit, Feigheit und Gleichgültigkeit abstreifen, um an dem Aufbau der Metallindustrie theilzunehmen, wird man erbärmlichen Lohn und noch erbärmlichere Arbeitsbedingungen

weitergeschuftet. Man sollte bezweifeln, daß das so nöthige Selbstbewußtsein im Hintergrunde steht. Durch Ueberstunden suchen sie sich ein paar Groschen mehr zu verdienen, ohne einzusehen, welchen Schaden sie sich selbst, ihrer Familie und der ganzen Arbeiterchaft verursachen. Die Gesundheit wird untergraben für glückliches Familienleben ist keine Zeit da, ihrer Rechte und Pflichten als Bürger werden sie sich nicht bewußt und das in einer so bewegten Zeit wie der heutigen, wo man uns durch Gesetze völlig zu Sklaven eines ungerechten Wirtschaftssystems machen will. Allseitig waren die Versammelten sich einig, nunmehr etwas besser für unsere Ideen einzutreten, auf daß auch hier in Sülz die organisierte Arbeiterchaft sich Achtung verschaffe. Es liegen sich 15 Kollegen in den Verband aufnehmen. Einiges wollen wir aus den Verhandlungen ausführen, denn es verdient, einem größeren Kreise von Berufskollegen bekannt zu werden. Die hiesigen Cito-Fahrradwerke, welche beim letzten Abschluß des Geschäftsjahres eine Dividende von 7 1/2 Prozent vertheilen konnten, haben noch mehr Appetit bekommen und es regnet Abzüge über Abzüge. Neuerdings will man bei den Schleifern des Systems einführen, daß dieselben ihr Material an Schmirgelscheiben, Leder, Leim, Rührmaschinen besorgen u. s. selbst zu stellen haben; dafür werden dann einige Prozente auf die Akkordpreise zugeschlagen. Der Pferdesuß ist bei dieser neuen Einrichtung aber gar zu offensichtlich; auch bei Beschränktheit muß das einsehen. Die hiesige Verwaltungsstelle richtet wiederholt an die dort Beschäftigten die erste Mahnung, sich mit uns zu verbinden, um eventuell im ersten Kampfe um unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verfehltern zu lassen, sondern zu verbessern. Darum nochmals, Kollegen von Sülz, hinein in die Organisation. — Die nächste Versammlung findet am Samstag, den 2. Dez., Abends 9 Uhr, wiederum in Sülz bei Herrn Jos. Münch, Herrenvaterstr., statt.

**Meißen.** Eine öffentliche Versammlung fand am 13. November im „Thurinhaus“ statt. Die Tagesordnung lautete: Stellungnahme zur Lohnreduktion bei der Firma Diebold & Vocke. Hierzu hatte Genosse Fride-Dresden das Referat übernommen. Nachdem Redner über die Gewerbeordnung gesprochen und hierbei die Handlungsweise der Unternehmer gehörig kritisiert hatte, kam er auf die Firma Diebold & Vocke zu sprechen und schilberte den Anwesenden die Fabrikordnung dieser Firma. Man staunte, daß solche Paragraphen polizeilich genehmigt wurden. Die Hauptschuld an den Zuständen hätten die Arbeiter, weil sich einer vor dem andern und dann auch vor der Fabrikleitung fürchteten. Folgende Resolution wurde angenommen: In Erwägung, daß nur wenige Arbeiter von Diebold & Vocke der Organisation angehören und sich demzufolge eine direkte Stellung zur Lohnreduktion nicht einnehmen läßt, verpflichten die Anwesenden, um derartigen Fällen in Zukunft wirksamer entgegenzutreten zu können, sich Mann für Mann dem D. M. V. anzuschließen. Daß die Ausführungen des Referenten auf guten Boden gefallen sind, ersehen man daraus, daß sich noch denselben Abend 24 Mann dem Verbands angeschlossen.

**Münsterfeld.** Wegen Maßregelung des Bevollmächtigten der Filiale Münsterfeld ist Bezug von Drebern und Schloßern von der Werkzeugschneidfabrik Straß H. 203 hier fernzuhalten. Bericht folgt.

**Münsterfeld.** Wir erhalten folgende Zuschrift: Bezüglich der Fuhnote der Redaktion zum Berichte über die Nordbayerische Konferenz diene zur Kenntniß, daß die angeführten Zahlen die Differenzsumme ist. Einen anderen Bericht konnten wir nicht geben, da in dem uns zugegangenen Berichte der Delegirten ebenfalls nur die Differenzzahlen angegeben sind. G. Kößling.

**Feilenhauer.**

**Braunschweig.** Der Streik der Feilenhauer, der nun bereits 7 Wochen im Gange ist, hat jetzt einen Arbeitswilligen gezeitigt. Der Name dieses Helden, der sich nicht geschämt hat, den Streikenden in den Rücken zu fallen, ist Arthur Schag. Selbiger arbeitete bei Ausbruch des Streiks in einer hiesigen Maschinenfabrik als Arbeitsmann und scheint förmlich auf den Moment gewartet zu haben. Nun, wir gönnen Meister Dammann diese Eroberung, nur wünschen wir, daß man in späteren Zeiten nicht die Worte aus Herrn Dammanns Munde hört: „Herr, erlöse mich von diesem Freunde“. Ferner machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß die hiesigen Meister in allen Wärdern tüchtige Feilenhauer bei hohem Lohn und gutem Akkord suchen, sogar die Reise soll vergütet werden. Dies ist für uns ein Beweis, daß die Meister im Stande sind, unsere Forderungen zu bewilligen. Also Kollegen, falls keiner auf diese Vordungen hinein und meibe jeder Braunschweig, dann ist der Sieg unser.

**Fürstenwalde (Spree.)** Bezug von Feilenhauern ist Differenzen halber fernzuhalten.

**Oelsnit i. V.** Der Bezug von Feilenhauern ist fernzuhalten, da in der sächsischen Feilenfabrik A. Jentsch & Co. Differenzen ausgebrochen sind.

**An die Verwaltungsstellen des D. M. V. in Südbayern.**

Unterzeichneter beruft im Auftrage untengenannter Agitationskommission die diesjährige Konferenz der Verwaltungsstellen Südbayerns, auf den 6. Januar 1900 (Feil drei König), Vormittags 9 Uhr, in die „Kumpfordhalle“, Kumpfordstr., zu München, ein.

**Provisorische Tagesordnung:**

- 1) Bericht der Agitationskommission.
  - 2) Bericht der Delegirten.
  - 3) Vortrag über Agitation. Referent: Kollege Schilde-Stuttgart.
  - 4) Anträge und Verschiedenes.
  - 5) Wahl der Agitationskommission.
- Als Wahlmodus bringt die Agitationskommission im Vorschlag: Verwaltungsstellen bis zu 100 Mitglieder wählen einen Delegirten, auf je weitere 100 Mitglieder einen Delegirten mehr; jedoch darf die Zahl von sechs Delegirten einer Verwaltungsstelle nicht überschritten werden.
- Die Mandatsformulare gehen den Verwaltungsstellen in den nächsten Tagen zu. Anträge wolle man schriftlich bis spätestens 30. Dezember 1899 an Unterzeichneten einreichen.

Alles Weitere wird in der nächsten Zeit den Verwaltungsstellen bekannt gegeben.

München, den 22. November 1899. Mit kollegialem Gruß Die südbayerische Agitationskommission des D. M. A. J. A.: Joh. Freisinger, Gothringerstr. 2, II.

Briefkasten.

Bevollmächtigter der Metallarb.-Frankenkasse. Derartige Berichte nehmen wir nicht auf. S. W. Dinsburg. Wenden Sie sich an Aug. Vogt, Halle-Giebichenstein. S. H. Wiesbaden. Gebrauchen Sie Salicylströmmer. S. J. G., Gelsenkirchen-Schalke. Ihr Bericht trägt keinen Ortsnamen, auch haben Sie Ihre nähere Adresse nicht angegeben. S. P., Gießen, G. Th., Gaisburg und Sektion der Feilenhäuser, Düsseldorf. Inzerate betreffen Privatfachen und werden nur gegen Bezahlung aufgenommen.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung werden Aufnahmen entgegen genommen und können Beiträge entrichtet werden.

- Altenburg. Sonnabend, 2. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im „Lobli“. — Neuwahl der Ortsverwaltung. Anträge.
Aschaffenburg. Sonntag, 3. Dezember, Nachmittags 2 Uhr, im „Bayerischen Hof“. Neuwahl der Ortsverwaltung. — Die Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.
Aischersleben. Sonnabend, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, in Schröbers Lokal. — Wahl der Ortsverwaltung.
Augsburg. Samstag, 2. Dezember, Abends 8 Uhr, im „Blauen Boot“.
Barmen. Samstag, 2. Dezember, Abends halb 9 Uhr, bei Hiel, Gewerkschaftshaus. — Neuwahl der Ortsverwaltung.
Barmen. Sonnabend, 9. Dezember, Abends halb 9 Uhr.
Berlin. Vertrauensmännerkonferenz: Mittwoch, 6. Dezember, für den Westen, Schönberg u. i. w. bei Werner, Hiltowstraße 59. Sonnabend, 9. Dezember, für den Norden bei Diele, Adersstraße 123. Mittwoch, 13. Dezember, für den Süden bei Graumann, Raumynstraße 27.
Berlin. Außerordentliche Generalversammlung: Sonntag, 3. Dezember, Vormittags 10 Uhr im Kempalast. Tagesordnung: Unsere Streiks und Lohnbewegungen.
Bernburg. Sonnabend, 9. Dezember, Vorstandswahl.
Brandenburg. Montag, 11. Dezember, in Winkels Lokal, Hauptstraße 24. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Brieg. Sonnabend, 9. Dezember, im „Belvedere“. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Cannstatt. (Sektion der Schmiede u. verw. Berufe.) Samstag, 2. Dezember, Abends 8 Uhr, im neuen Lokal zur „Ente“.
Cannstatt. Sonntag, 3. Dezember, Vorm. 10 Uhr, im „Ruffischen Hof“. Vortrag. Bericht vom Gewerkschaftslattell.
Hüddelsdorf. (Sektion der Formier.) Jeden 2. Montag im Monat, Abends 8 Uhr bei H. Ehlers, Neu-Hüddelsdorf.
Dauzig. Donnerstag, 6. Dezbr., Brodbänkegasse 11.
Dessau. Sonnabend, den 2. Dezember, Abends halb 9 Uhr, bei Eilenberg.
Dortmund. Samstag, den 9. Dezember, bei Regel, Mühlenstraße. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Höveln i. S. Sonnabend, 9. Dezember, Abends halb 9 Uhr, in der „Muldenterrasse“. — Wahl des Bevollmächtigten.
Dinsburg. (Sektion der Feilenhäuser.) Sonntag, den 10. Dezember.
Eilberfeld. Samstag, 9. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im Verbandslokal bei Reull, große Klopfbahn. Die Organisation des D. M. A. und ihre Gegner im Anschluss der bevorstehenden Gewerkschaftswahlen. Referent: Kollege Krenz-Hemsheld. — Neuwahl der ganzen Ortsverwaltung. — Wahl der Kommission zur hier stattfindenden Konferenz für Rheinland und Westfalen.
Erlangen. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 9. Dezember, im Lokal. — Neuwahl der Ortsverwaltung.
Essen. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, 9. Dezbr., bei Henke, Kapaniemalder 62.
Erfurt. (Allgemeine.) Sonnabend, 2. Dezember, im „Softhaus zum Gottardt“, Gottardtstraße 46.
Finstertal. Sonnabend, 9. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im Gasthof zum „Stein“. — Wahl der Ortsverwaltung.
Frankenthal. Samstag, 2. Dezember, Abends halb 9 Uhr, bei Bergand, Welschgasse 33. — Neuwahl der Gesamt-Ortsverwaltung. — Lokalfrage.
Frankfurt a. M. - Götzenheim. Samstag, 2. Dezbr. für den Bezirk Rodenheim im „Ader“, Frankfurtstraße 53; für Spengler bei Eszin, St. Eidenheimerstraße 23; für das Bestrad bei Brandt, Rüdelsstraße.
Gaisburg. Unsere Versammlungen finden verhältnismäßig halber jeden zweiten Samstag im Monat. Abends 8 Uhr. Lokal: „Felsenkeller“, Gaisburg.
Geyersberg. Samstag, 2. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokal.
Görlitz. Sonnabend, 9. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, bei Kappeler.
Halle. (Sektion der Klempner u. Installateure.) Samstag, 2. Dezember, Abends 8 Uhr, in der „Wacht am Rhein“, Gartenstraße 2.

- Harlsruhe. (Sektion der Hauschlosser.) Samstag, 2. Dezember, Abends halb 9 Uhr, bei Schreiber, Werderstr.
Hiel. (Allgem.) Mittwoch, 6. Dezember, bei Ahrens, Alte Reihe 8. Jahresbericht. Wahl der Ortsverwaltung.
Hörsing. Neben Sonntag vor dem 15. eines Monats.
Hudwigshafen a. Rh. Samstag, 9. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im „Wittelsbacher Hof“, Ecke der Jäger- und Magstraße.
Mannheim. (Sämtliche Sektionen und Branchen.) Jeden ersten Samstag im Monat im Saale des „Bellevue-Keller“.
Menselwitz. Sonnabend, 2. Dezember, Abends halb 9 Uhr, in der „Quelle“.
Mügeln i. S. Jahlabend jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. des Monats in „Frischings Gasthof“.
München. (Sektion der Spengler.) Samstag, den 2. Dezember, Abends 8 Uhr, im „Müllerbad“. — Bericht und Neuwahl der Ortsverwaltung.
München. (Sektion der Schlosser u. Maschinenbauer.) Samstag, 16. Dezember, Abends 8 Uhr, im „Ober-Ottl“. Bericht des Ausschusses. Neuwahl desselben. Anträge.
Neustadt i. S. Sonnabend, 2. Dezember, Abends halb 9 Uhr, in Freudenbergs Restaurant. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Neusatz a. O. Unsere Monatsversammlungen nehmen ihren regelmäßigen Verlauf im alten Lokale, Friedrichstr. 44.
Oberursel. Samstag, den 2. Dezember, Abends halb 9 Uhr. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Oelsitz i. H. Am 5. Dezember, im „Bergschlößchen“.
Pirna. Am 9. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im „Carolabad“.
Potsdam. Sonnabend, 2. Dezbr. — Vorstandswahl.
Reichenbach i. H. Sonnabend, 2. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im „Bergschlößchen“; dann regelmäßig alle 14 Tage.
Reutlingen. Samstag, 2. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Höppler zur „Germania“. Vortrag von E. Pfemig: „Die Volkshildung“.
Rohlfen. Sonnabend, 9. Dezember, Abends 9 Uhr, bei Schreiber, Feldstraße.
Sachsenberg. Samstag, 2. Dezember, Abends 8 Uhr, im Lokal.
Schw.-Hall. Samstag, 9. Dezember, Abends 8 Uhr, im „Lähen“. — Neuwahl der Ortsverwaltung.
Schönigling-Boos. Sonntag, 3. Dezember. — Neuwahl der Ortsverwaltung.
Stettin u. Umg. Sonntag, 10. Dezember, Nachmittags halb 3 Uhr, bei Kersten, „Englischer Garten“, Zabelsdorfer- und Heinrichstraße-Ecke. Vortrag des Kollegen Mohrlad. — Neuwahl der Ortsverwaltung. — Verbandsangelegenheiten.
Stettin (2. Bezirk). Jeden Dienstag nach dem 1. des Monats, Abends 8 Uhr, bei Kersten, Heinrich- und Zabelsdorferstraße-Ecke.
Torgelow. Jeden zweiten Sonntag im Monat.
Weiskau. Sonnabend, 9. Dezember, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal. Neuwahl der Ortsverwaltung.
Wolpert. Samstag, 9. Dezember, Abends halb 9 Uhr, bei Witwe Kotterscheid, Neustraße 26. Neuwahl der Ortsverwaltung. — Montag, 4. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal Sitzung der Ortsverwaltung und Agitationskomitee.
Witzel. Jeden zweiten Sonntag im Monat, Vormittags 10 Uhr. Näheres in der „Frankfurter Volkshimme“.
Zirndorf. Montag, 4. Dezember, Abends 9 Uhr, bei Zimmermann.
Zittau. Samstag, 2. Dezember, Abends halb 9 Uhr, im „Bürgergarten“.
Berlin. Freitag, 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag) Matinee im „Cöllner Hof“, Cöllnerstraße 8. Billets à 25 J sind erhältlich beim Kollegen Max Sienke, Swinemünderstraße 103/IV sowie den Kassierern.
Berlin. Die Sammlungen zum Unterstützungsfonds werden mit dem heutigen Tage eingestellt. Sämtliches ausstehende Material, Marken und Listen sind sofort abzuliefern.
Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter Otto Kaeber, S. Annenstraße 39.
Zanplan i. G. Der Schlosser Gustav Reinhold, geboren 1. Juli 1880 zu Rütligtreben, B.-Nr. 150019 wird dringend ersucht, seine Adresse an Unterzeichneten zu senden. J. A. D. Enders.
Cannstatt. Das Verkehrslokal der Schmiede befindet sich jetzt Marktstraße 15 bei Marlad, zur „Ente“.
Chemnitz. Der Feilenhäuser Karl Frenschner aus Chemnitz wird ersucht, seine Adresse an Robert Franke, Chemnitz, Wollfstraße 14 gelangen zu lassen.
Dresden. Der Klempner Otto Friedrich, geboren am 13. Januar 1877 zu Lebendorf (Sachsen), B.-Nr. 264545 wird hiemit angefordert, seinen Verpflichtungen der Verwaltungsstelle Dessau gegenüber nachzukommen, widrigenfalls Anzeige erstatet wird.
Görlitz. Der Eisenblech Reinhold Schölze wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen in Hirschberg in Schles. nachzukommen, widrigenfalls derselbe strafrechtlich verfolgt wird. Hermann Fischer, Formier, Görlitz, Mittelstraße 29/II.
Hadersleben. Um die Adresse des Klempners Görup Döhlen, H.-Nr. 324554, wird ersucht. Carl Schut, Osterstraße 114.
Hadersleben. Kassierer ist E. Schut, Osterstr. 114. Neigeht Abends von 7-8 Uhr, Sonntags von 11-12 Uhr.
Hiel. Der Arbeitsnachweis der Feilenhäuser für Schleswig-Holstein befindet sich bei Herrn. Carl Schut, Hadersberg 8.
Menselwitz. Ich ersuche den Formier Karl Kemmann aus Goldau um seine Adresse, ebenfalls den Schlosser Max Engel aus Guben, mir wegen wichtiger Angelegenheit seine Adresse mitzuteilen. Max Widner, Bevollmächtigter.
München. (Sektion der Schlosser u. Maschinenbauer.) Adresse des Kassierers ist: Oskar Schwand, Annenstr. 56/III.
Hürnb. (Sektion der Formier.) Das Verkehrs- sowie Versammlungslokal befindet sich von jetzt ab bei Koll. Breitbach, Wirtschaft zum „Gold. Engel“, Hürnb.-Glaiss-

- hammer. — Sonntag, 3. Dezember, Vormittags 10 Uhr Versammlung daselbst.
Reichenhall. Vertrauensmann ist Adolf Sühnel, Poststraße.
Rosenheim. Bevollmächtigter ist Otto Ketterle, Brudmühl.
Schwabach. Samstag, 16. Dezember, im Feuerleinschen Saal Christbaumverlosung mit humoristischen Vorträgen. — Bibliothek jeden Sonntag von 10-12 Uhr geöffnet.
Traunkirchen. Vertrauensmann ist Anton Oberhauser, Rosenheimerstraße 172.
Zerbst. Arbeitsnachweis im „Fürst Blücher“, Wegeberg 6. Schlafmarken beim Kassierer Frz. Stephan, Frauenhorplatz 13.
Zittau. Adresse des Bevollmächtigten ist Paul Lange, Klempner, Neustadt 39/II.

Gestorben.

In Cannstatt der Schmied Friedrich Dittz, 29 Jahre alt, an Magenleiden. — In Bockenheim Otto Uhl, Hilfsarbeiter, 21 Jahre alt, an der Schwindsucht. — In Hannover der Klempner Robert Schreiber, 25 Jahre alt, an Schwindsucht. — In Leer am 22. November der Former Kaiser Kemmermann, 44 Jahre alt, an der Lungenentzündung.

Öffentliche Versammlungen.

Dortmund. Sonntag, 10. Dezember, Nachmittags 4 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung bei Regel, Mühlenstraße.

Privat-Anzeigen.

Tücht. fein-Mechaniker auf franz. Schnitte findet bei hohem Lohn dauernde selbstständige Stellung. Offerten mit Zeugnissen an Martin Mayer, Mainz. 161]

Wer fabriziert

fählerne Rundfedern (Klammern) zum Befestigen der Aufpumpen an Fahrrädern? Offerten unter C. 25. 35 an die Exp. d. Bl. [165

Auf den Weihnachtstisch

für Dreher, Dreherlehrlinge, Schlosser, Mechaniker u. Empfehle: Gewindeberechnungen, 40 Abbild., 35 Tab. M 1,35. — Gewindebortrag 30 J. — Räderstala 15 J. — Konusberechnung (zur schnellen Anfertigung aller konischen Arbeiten auf der Drehbank) 53 Abb., 1 Tab. M 1,30, mit Messungstabellen M 1,80. — Nachschlagebüchlein für Offertbriefe, techn. Literaturverzeichnis u. 50 J. Ferner liefere: Spitzgewindeleere 80 J. Flachgewindeleere M 1,20, sowie Schiebelleeren. Prospekte gratis. — Feine Anerkennungen. [164

Aug. Loss, Giebichenstein-Halle a. S.

Achtung!!! Achtung!!!

Wer unter den „Metallarbeitern“ Raucher ist, mache einen Versuch mit den rühmlichst bekannten



welche in der kurzen Zeit ihres Bestehens durch ihre Eleganz und unerreichte Konstruktion die ungetheilte Anerkennung ihrer Raucher gefunden haben und sich vorzüglich bewähren. Dieselben erzehen durch ihre Patrone mit schraubenlinienartigem, kreuzförmig durchbohrtem Rauchkanal jede lange Pfeife, insofern sich jeder Tabak bis zum letzten Korn absolut trocken und gesund rauchen läßt. Unstreitig das schönste Weihnachtsgeschenk. Preis M 2,50 gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Anzugeben, ob Jacou gerade oder gebogen, groß oder klein gewünscht wird. — Zigarrenspitze dito M 1,20. — Zahlreiche Anerkennungs-schreiben. — Nicht-gefallendes anstandslos zurück. W. F. Gammerdinger, Wilhelmstraße, Guttlingen (Württemberg). 166]

Hoher Verdienst für Jedermann!

Empfehle Bürgerl. Gesetzbuch, ff. gebunden, Berlin-Form., Ladenpreis M 1-1,50. 1 Exempl. M 1 Briefmarken. 15 Exempl. für M 10. Voreinsendung oder Nachnahme. Jede Probe führte zu größerer Abnahme. 98% Nachbesteller. [163

J. Honrath, Kalk a. Rh.